Energiewende oder Energiewendeende

Warum der Ausgang der Bundestagswahl über den Erfolg der Energiewende entscheidet

Berlin, den 12. September 2013

Autoren:
Dr. Gerd Rosenkranz
Jürgen Quentin
Philipp Litz

Deutsche Umwelthilfe

Im Auftrag von:
AVAAZ.ORG

Deutsche Umwelthilfe

Im Auftrag von: AVAAZ.ORG

Energiewende oder Energiewendeende

Kurzfassung

Vor zwei Jahren hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den weltweit ehrgeizigsten Plan zur Transformation des Energiesystems eines Industrielandes angekündigt. Ziel war es, Deutschlands Energiewirtschaft schnell von zentralen Kohle- und Atomkraftwerken auf dezentrale Erneuerbare Energieträger umzustellen. Gleichzeitig sollte die Energieeffizienz bei der Produktion und Nutzung von Energie steigen. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energieträgern hat sich in Deutschland innerhalb von zwanzig Jahren versechsfacht. Der Plan wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt. In diesem Sommer 2013 erklärten bei einer Umfrage vier von fünf Befragten ihre Unterstützung für die Energiewende. Doch nur zwei Jahre nach dem Start der auf 40 Jahre angelegten Transformation des Energiesystems, steht die Energiewende unter dem Dauerbeschuss der traditionellen Wirtschaft und von Politikern, insbesondere des Regierungslagers. Ihr Ziel ist es die Zustimmung zur Energiewende zu diskreditieren, die Ziele der Energiewende zu relativieren, den Prozess zu verlangsamen und schließlich ganz zu stoppen.

Die wichtigsten Ergebnisse: Ein Plan zur Diskreditierung der Energiewende

1. Die Rolle der Bundesregierung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Energiewende gestartet, aber es in der Folge versäumt, sie politisch zu steuern. Die Atomkatastrophe von Fukushima und die schon zuvor mehrheitlich atomkritische Haltung der Bevölkerung hat die Kehrtwende der Regierung erzwungen. Viele aus dem Regierungslager haben nicht aus innerer Überzeugung zugestimmt, sondern aus machttaktischen Motiven. Deshalb fehlt der politische Wille, die Energiewende mit aller Konsequenz umzusetzen. Die traditionelle Energiewirtschaft verliert mit hoher Geschwindigkeit Marktanteile an mittlerweile 1,4 Millionen zumeist kleine Erneuerbare-Energien-Kraftwerke und verschärft ihre Lobbyarbeit. Die produzierende Industrie streitet derweil gegen mehr Energieeffizienz in den Betrieben. Die Forderungen zur Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes, das den bisherigen Erfolg der Erneuerbaren Energien in Deutschland absichert, häufen sich. Die Analyse zeigt, dass selbst Regierungsmitglieder, allen voran Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Peter Altmaier (CDU), den Ausbaustopp oder einen verlangsamten Zubau von Erneuerbaren Energien fordern. Dazu verunsichern sie die Bevölkerung mit nachweislich falschen Zahlen über die Kosten der Energiewende. Bisher jedoch ist der Versuch gescheitert, die hohe Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung zu überwinden.

2. Die Mär von der Deindustrialisierung Deutschlands

Die seit zwei Jahren vorgetragene Behauptung, der Wirtschaftsstandort Deutschland sei infolge der Energiewende bedroht und die „Deindustrialisierung" des Landes habe bereits begonnen, steht in einem unauflösbaren Widerspruch zu den volkswirtschaftlichen Realitäten. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, deren Wirtschaft trotz der anhaltenden internationalen Wirtschaftskrise wächst. 2012 erreichte der Außenhandelsüberschuss mit 188 Mrd. Euro den zweithöchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1950. Das Problem Deutschlands ist keineswegs eine durch die Energiewende ausgelöste Wirtschaftskrise, sondern ganz im Gegenteil zunehmend die Kritik des Auslands am Ungleichgewicht seiner Handelsbilanz, das als mitverantwortlich wahrgenommen wird für die Verschuldung der Krisenländer, insbesondere in der EU.

3. Die Strompreislüge

Die Behauptung wegen der Energiewende explodierende Strompreise bedrohten Wohlstand und Wirtschaftskraft Deutschlands ist falsch. Sie ist Teil einer bewussten Angststrategie, mit dem Ziel die Akzeptanz der Energiewende zu erodieren. Die Stromrechnung aller privaten und gewerblichen Stromverbraucher zusammengerechnet liegt heute – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – nicht höher als vor 20 Jahren. Die Strompreise der Industrie sinken seit den Energiewendebeschlüssen vor zwei Jahren kontinuierlich. Immer mehr energieintensive Unternehmen profitieren von Milliardensubventionen, für die die privaten Haushalte, Teile des Mittelstands und die Steuerzahler aufkommen müssen. Deren Strompreise haben sich seit der Jahrtausendwende nicht zuletzt wegen der Milliardenentlastungen der Industrie verdoppelt. Dieser Strompreisanstieg spiegelt immer weniger die Kosten der Energiewende wieder, sondern hat andere Ursachen. Er steigt zum Beispiel auch wegen des paradoxen Effekts, dass sich die EEG-Umlage, die die kleinen Stromverbraucher zahlen müssen, erhöht, wenn der Börsenpreis sinkt. Davon profitieren wiederum die Stromversorger, die ihre sinkenden Einkaufspreise für Strom nicht an ihre Kunden weitergeben und immer noch Milliardengewinne machen. Nur noch 13 Prozent des für 2014 erwarteten weiteren Anstiegs der EEG-Umlage stammen aus der direkten Förderung neuer Solar-, Wind- und Bioenergieanlagen.

Falsche Alternativen

Die Behauptung, die Energiewende sei unter anderen Rahmenbedingungen günstiger zu haben, ist nirgendwo belegt – auch nicht Schweden. Das Quotensystem – zuletzt zum wiederholten Mal vorgeschlagen von der Monopolkommission der Bundesregierung – hat sich im Ausland als untauglich erwiesen, ehrgeizige Ausbauziele zu optimierten Kosten und in kurzer Zeit zu erreichen. In Deutschland würde die Quote die Energiewende verteuern und als Innovationsbremse wirken. Das schwedische Beispiel – ein Land mit 38% Atomstrom, 42% Wasserkraft, einem hohen Angebot an Biomasse und vielen guten Onshore-Windstandorten – ist nicht auf Deutschland übertragbar. Es befördert einseitig die gerade günstigsten Technologien und verhindert den Aufbau der dringend benötigte Technologievielfalt, die gerade für das Exportland Deutschland unverzichtbar ist.

Empfehlungen: Eine Zukunft mit erneuerbaren Energien sichern

Anstatt die Energiewende zu untergraben, muss die Regierung dringend entschlossene Maßnahmen ergreifen, um deren erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten. Aus diesem Grund muss die zukünftige Bundesregierung:

- offensichtliche Fehlentwicklungen korrigieren – insbesondere die ausufernden Strompreisermäßigungen für die Großindustrie und die Überfrachtung der EEG-Umlage mit Kostenbestandteilen, die mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien nichts zu tun haben.
- dass EEG so reformieren, dass das „Primat der Investitionssicherheit" gewahrt bleibt, das den Erfolg des EEG in der Vergangenheit bewirkt hat.
- Erneuerbare Energien so fördern, dass die von ihnen eingeforderte Übernahme von Verantwortung für die Systemsicherheit wirtschaftlich interessant wird und der Um- und Ausbau der Stromnetze auf das notwendige Maß begrenzt bleibt.
- Sich für ein wirksames EU-Emissionshandelssystem einsetzen, das Europa eine kohlenstoffärmere Stromerzeugung ermöglicht. Wenn eine Einigung auf EU-Ebene nicht möglich ist, muss Deutschland im Interesse des Klimaschutzes und der Umwelt auf nationaler Ebene die Produktion von immer mehr Kohlestrom eindämmen und den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue verhindern.
- die Dauerblockade bei der Energieeffizienz beenden und den Energiebedarf entsprechend drosseln.
- die Bürgerenergie-Idee zu stärken und zu fördern, um die Energiewende insgesamt bürgernah und auch dezentral zu gestalten.

Deutsche Umwelthilfe

Im Auftrag von: AVAAZ.ORG

Energiewende oder Energiewendeende

Warum der Ausgang der Bundestagswahl über die ökologische Transformation unseres Energiesystems entscheidet

Inhalt

1. Einleitung – Der verdeckte Kampf gegen die Energiewende 1
2. Der andere Masterplan – Erosion der Akzeptanz als oberstes Ziel 2
3. Die Strompreisdebatte – Das allumfassende Mittel zum Zweck 5
   3.1. Stromkosten der Industrie 12
      3.1.1. Stromkosten unerheblich? – Eine Überraschung 12
      3.1.2. Industriestrompreise im europäischen Vergleich 15
      3.1.3. Gefahr von jenseits des Atlantiks? 18
      3.1.4. Die Entlastungsorgie – Geschenke von der Bundesregierung 21
      3.1.5. Schwarz-gelb – Mehr Privilegien für mehr Unternehmen 26
      3.1.6. Preisverfall an der Strombörse 30
      3.1.7. Wirklich betroffen – Mittelständische stromintensive Unternehmen 32
   3.2. Die Energiekosten zu Hause 32
   3.3. Die EEG-Umlage – kein Maß für den Preis der Energiewende 35
4. Vergiftete Alternativen – Warum das schwedische Vorbild keins ist 37
5. Energieeffizienz – Die blockierte Option 38
6. Die wahren Problem der Energiewende – und die Ansätze zu ihrer Bewältigung 39
7. Fazit – Keine neue Chance für schwarz-gelb in der Energie- und Klimapolitik 40

Anhang 42

1. Einleitung – Der verdeckte Kampf gegen die Energiewende

Seit der dreifachen Kernschmelze von Fukushima herrscht über die Energiewende in Deutschland ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens. Alle im Bundestag vertretenen Parteien befürworten die große Transformation. Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts sollen die Erneuerbaren Energien die tragende Säule eines Energiesystems werden, in dem Elektrizität, Wärme und Kraft effizienter erzeugt und sparsamer genutzt werden. Fast alle Gesetze zur Umsetzung hat der Deutsche Bundestag im Sommer 2011 in seltener Harmonie, bei wenigen Gegenstimmen, verabschiedet. Auch in den aktuellen Wahlprogrammen finden sich nur entschiedene Bekenntnisse zur Energiewende. Das ist nicht verwunderlich – möglicherweise aber vor allem ein Reflex der Politik auf die vorherrschende Überzeugung in der Bevölkerung. Denn bis in den Sommer 2013 hinein sagen mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Ja zur Energiewende, die meisten auch dann noch, wenn sie ihnen etwas kosten soll. Wann war zuletzt bei einem politischen Projekt von vergleichbarer Dimension die – scheinbare – Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten in diesem Land größer? Bekennende Gegner des großen Energie- und Klimaschutzkonsenses gibt es insgesamt nur wenige.

Doch ist die Lage so eindeutig, wie sie aufgrund der hier beschriebenen Ausgangslage scheint? Ist es wirklich nur eine Frage der Zeit, bis das große Werk vollendet ist? Natürlich nicht. Der rundum positive Eindruck ist nur die eine Seite der Wahrheit und der öffentlichen Kommunikation. Denn der beschriebene formale politisch-gesellschaftliche Konsens steht im eklatanten Widerspruch zu dem, was uns tagtäglich aus den Medien entgegenschallt.

Öffentliche und veröffentlichte Meinung zum Thema Energiewende fallen schon seit längerem und verstärkt im laufenden Bundestagswahlkampf auseinander. Seit sich Staat und Gesellschaft entschlossen haben, ein Energiesystem auf Basis Erneuerbarer Energien und ohne die Großrisiken von Atomkatastrophen und Klimawandel aufzubauen, erleben wir Tag für Tag ein Trommelfeuer der Kritik, der Desinformation und des Defätismus. Manche erklären die Energiewende kaum zwei Jahre nach ihrem offiziellen Start für gescheitert, obwohl bis zum von der Bundesregierung propagierten Zieldurchlauf um die Mitte des 21. Jahrhunderts noch 37 Jahre Zeit bleiben. Dabei ist die Motivlage des publizistischen Furors gegen die Energiewende diffus. Mit Ausnahme weniger Lobbyisten mit unverkennbaren Interessen und Leugnern des Klimawandels fordert nämlich fast niemand explizit die Rückkehr zu Kohle und Atom. Nicht einmal die Vertreter der alten Energiewirtschaft und traditionellen Industrien, die als eine der Quellen der Kritik ausgemacht werden können, fordern explizit ein Zurück in die 1970er Jahre. Aber ihre publizistischen Helfer und politischen Lautsprecher bekämpfen den Zubau von Photovoltaik-Modulen und Windrädern fast genauso leidenschaftlich wie zuvor Jahrzehnte lang die Anti-AKW-Aktivisten die Atomkraftwerke in Deutschland.

Ganz offensichtlich soll die hohe Zustimmung zur Energiewende erodiert und das Vorhaben als unrealistisch und unbezahlbar diskreditiert werden, aber ohne es direkt in Frage zu stellen. Der Kampf gegen die Energiewende wird verdeckt geführt, verbrämt als Streit um den richtigen Weg – nicht von allen Kritikern, aber von vielen. Das Datum zur offenen Abrechnung steht jedoch schon fest. Es ist der 22. September 2013, wenn um 18 Uhr die Wahllokale schließen, die Regierung Merkel/Rösler wiedergewählt ist und die härtesten Gegner der Energiewende die Schaltstellen in einem neu geschaffenen „Energieministerium“ übernehmen. Dann soll, immer noch unter der Fahne der Energiewende, die alte übersichtliche Energie-Ordnung wieder hergestellt werden: Bremsen, herunterfahren, stoppen der Ausbaudynamik Erneuerbarer

Energien, Sicherung der in den vergangenen Jahren fehlinvestierten Kohlekraftwerke, Aufschluss neuer Braunkohletagebaue, Entsorgung der Reste einer einstmals ambitionierten und international bewunderten deutschen Klimaschutzpolitik – und wenn es ganz hart kommt: Eine erneute Verlängerungsdebatte über jedes stillzulegende Atomkraftwerk. Dazu Widerstand gegen alle Pläne der EU, Energieeffizienz zu einem übergreifenden Funktionsprinzip der Gemeinschaft zu machen, Obstruktion gegen den Anspruch Raumwärme und Warmwasserbereitung bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral bereitzustellen, Ablehnung des Anspruchs, in der EU künftig Autos zu bauen, die die Welt in Zeiten des Klimawandels verkraftet und nicht solche, die auf Straßen mit 120 km/h Höchstgeschwindigkeit bei 250 km/h elektronisch abgeregelt werden.

Natürlich wird ein solches Programm von niemandem offen propagiert. Doch dafür, dass es an vielen Schaltstellen dieses Landes vorbereitet wird, häufen sich die Indizien – umso mehr, je näher der Wahltag rückt. Das alles zeigt: Es gibt in Deutschland keinen Parteien*konsens* über die Energiewende. Es gibt vielmehr eine Parteien*konzession (*vornehmlich der Regierungsparteien) an den Mainstream der Gesellschaft, die sich den Glauben an die Sinnhaftigkeit der Energiewende bisher nicht austreiben lassen will. Auch die Saboteure der Energiewende sagen Energiewende, aber sie meinen Energiewendeende.

Die um ihre parlamentarische Existenz fürchtende Regierungspartei FDP hat diese Dauerheuchelei zur Reife entwickelt, ebenso der Wirtschaftsflügel von CDU/CSU und – man muss es leider sagen – auch der aktuelle Bundesumweltminister. Der hat bis 2010 erfolgreich die Zustimmung zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in der Fraktion von CDU/CSU organisiert und hält es heute für eine seiner größten Leistungen im neuen Amt, die Dynamik des Photovoltaik-Ausbaus erfolgreich gebrochen zu haben.

Die hier vorliegende Analyse will aufzeigen, mit welchen Strategien die vielen verdeckten und die wenigen bekennenden Gegner der Energiewende vorgehen, wie Spitzenpolitiker der Regierungsparteien die von Ihnen selbst beschlossene und bis heute verbal verteidigte Energiewende hintertreiben. Sie gibt Hinweise darauf, was zu erwarten ist, wenn die schwarz-gelbe Regierung wiedergewählt wird. Der Bericht soll auch zeigen, was passieren muss, damit das Generationenprojekt Energiewende nicht vor die Wand gefahren wird, bevor es richtig losgeht.

2. Der andere Masterplan – Erosion der Akzeptanz als oberstes Ziel

Am 30. Mai 2011 versicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel, sie werde die an diesem Tag vorgelegten Empfehlungen der von ihr selbst eingesetzten Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung „als Richtschnur unseres Handelns nehmen“. Inzwischen erleben wir jeden Tag, wie wichtige Protagonisten, die die Energiewende vor gut zwei Jahren in Regierung, Bundestag und Bundesrat beschlossen haben, die eigene Entscheidung offen oder verdeckt bekämpfen. Während die Ethik-Kommission unter dem Vorsitz des früheren Umweltministers und Chefs des UN-Umweltprogramms UNEP, Klaus Töpfer (CDU), völlig zu Recht hervorhob, „dass die Energiewende nur mit einer gemeinsamen Anstrengung auf allen Ebenen der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft gelingen wird“,[1] haben sich Teile der Regierungsparteien und auch der Bundesregierung nach kürzester Zeit meilenweit von diesem großen Anspruch entfernt. Und die Kanzlerin schweigt dazu.

[1] Abschlussbericht der Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ vom 28.06.2011.

Das mit Abstand größte Problem der Energiewende-Gegner innerhalb und außerhalb der Politik ist der bemerkenswerte Gleichmut, mit dem eine 80-Prozent-Mehrheit die Negativ-Schlagzeilen einer angeblich unbezahlbaren Energiewende nun bereits seit zwei Jahren ignoriert. Folgerichtig ist es das alles beherrschende Ziel einer Koalition aus (potenziellen) Energiewende-Verlierern in der Wirtschaft (die es natürlich geben wird und schon gibt), Überzeugungstätern in der Politik und Ideologen in Wirtschaftswissenschaft und Publizistik, der Bevölkerung ihre Sympathie für ein Energiesystem ohne die Großrisiken Klimawandel und Nuklearkatastrophen auszutreiben. Im Zentrum dieser Strategie steht die Kostendebatte.

Dabei bedienen sich die Gegner der Erneuerbaren Energien und einer „Energiewende von unten" einer perfiden Strategie: Sie bürden den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Teilen des Mittelstandes, tatsächlich höhere Lasten auf als notwendig und entlasten im Gegenzug die großen Industrien. Das Vorgehen hat auch für die Wahlkämpfer eine innere Logik: Insbesondere die FDP, aber auch der Wirtschaftsflügel der Union versuchen so, die eigene, durch Atomausstieg- und Energiewendebeschlüsse des Jahres 2011 tief verunsicherte Klientel für die Bundestagswahl zurückzugewinnen. Das scheint – wenigstens punktuell – zu gelingen: denn inzwischen argumentieren Wirtschaft und Bundesregierung wieder weitgehend im Gleichklang. Die Spenden der Industrie für die schwarz-gelbe Koalition des Atomausstiegs werden zwar kleiner gestückelt, um nicht zeitnah veröffentlicht werden zu müssen, doch sprudeln tun sie nach Überzeugung von Experten wie eh und je.[2] Weil gleichzeitig jede Milliarde, von der die Industrie bei ihrer Stromrechnung entlastet wird – in diesem Jahr sind es insgesamt mehr als 16 Milliarden Euro[3] – von privaten Haushalten, Mittelstand, Steuerzahlern und Kommunen zusätzlich aufgebracht werden muss, können Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und seine Mitstreiter hoffen, dass die überwältigende gesellschaftliche Mehrheit für die Energiewende bröckelt. So schaffen die heimlichen und offenen Gegner der Energiewende im Regierungslager für sich eine Win-Win-Situation. Sie schließen die eigenen Reihen und können hoffen, dass die Zustimmung zur Energiewende erodiert.

Selbstverständlich bestreiten Rösler und seine Mitstreiter vehement, dass die von ihnen herbeigeführte ungerechte Lastenteilung, insbesondere bei der EEG-Umlage, einem kühlen Kalkül folgt. Doch das gelingt nicht immer. Anlässlich einer Energietagung des Handelsblatts antwortete der Wirtschaftsminister auf die Frage, warum er bedürftige Stromverbraucher, deren Belastung durch steigende Strompreise er zuvor beklagt hatte, nicht entlasten wolle[4], mit den Worten: „Das EEG ist der Hauptkostentreiber. Die Preise sind das Druckmittel für eine EEG-Reform."[5] Rösler will also keine Entlastung bedürftiger Stromverbraucher, weil er hofft, dass sich deren Unmut gegen EEG und Energiewende richtet. Eineinhalb Jahre nach dem letztlich durch Fukushima erzwungenen gesellschaftlichen Konsens arbeiten die Gegner der Energiewende wieder an der Spaltung der Gesellschaft entlang der Energiefrage.

---

[2] Die Welt: „Parteien verzeichnen Einbruch bei Großspenden" (11.8.2013).
http://www.welt.de/politik/deutschland/article118893025/Parteien-verzeichnen-Einbruch-bei-Grossspenden.html.

[3] s.u. Abb. 15-22; Anhang A3 und Küchler, S. (FÖS): Ausnahmeregelungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen – Überblick über die geltenden Regelungen und finanzielles Volumen 2005-2014;
http://www.foes.de/pdf/2013-09-Industrieausnahmen-2005-2014.pdf.

[4] Wie dies z. B. das DIW vorgeschlagen hat: Neuhoff, K./Bach, S./Diekmann, J./Beznoska, M./El-Laboudy, T.: „Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden", DIW Wochenbericht Nr. 41/2012;
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.409389.de/12-41.pdf.

[5] Energate: „Rösler will Energiewende von EEG-Planwirtschaft befreien" (22.1.2013).

Jüngste Umfragen, die schwarz-gelb bei der Bundestagswahl vorn und die FDP nach langem Verharren im Vier-Prozent-Keller wieder im Parlament sehen, lassen ahnen, dass die Rechnung aufgehen könnte, wenn es nicht noch gelingt, die Mehrheit der Energiewende-Anhänger gegen diese Politik zu mobilisieren.

Es geht in dieser Auseinandersetzung nicht vorrangig um die Frage der Technologien, die künftig den Energiemarkt der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt bestimmen. Noch viel weniger geht es um das Wohlergehen der von realen Preissteigerungen betroffenen privaten Stromkunden, das nun plötzlich Politiker und Medien entdecken, die ansonsten eher selten auf Seiten der Bedürftigen und Entrechteten zu finden sind. In Wirklichkeit geht es um die Frage, ob die alten Akteure auf dem milliardenschweren Strommarkt auch die neuen sein werden oder ob sich die aktuelle Entwicklung fortsetzt. Eine Entwicklung, die nicht nur einige neue Akteure in den Energiemarkt bringt, sondern Millionen von ihnen. 1,4 Millionen (Klein-)Kraftwerke auf Basis Erneuerbarer Energien bedeuten nicht nur, dass die traditionelle Energiewirtschaft, die nur einen geringen Bruchteil zu diesen Investitionen beiträgt[6], in hohem Tempo Marktanteile verliert. Sie zeigen auch, dass Millionen Bürgerinnen und Bürger aktiver Teil der Energiewende und letztlich der Energiewirtschaft geworden sind.

Angesichts der aktuellen Debatte, scheint es angebracht und nötig noch einmal an Folgendes zu erinnern: Die deutsche Energiewende ist Ausdruck des Wunsches einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit, ein Energiesystem ohne die Katastrophenrisiken der Atomenergie und ohne die Klimarisiken der fossilen Energien zu etablieren. Die Energiewende dient letztlich dem Ziel, dieses Land ökologisch und ökonomisch zukunftsfest zu machen. In einer Welt schrumpfender (Energie-)Rohstoffe werden Staaten, die nicht oder nicht ausreichend über diese strategischen (Energie-)Rohstoffe verfügen, umso größere Chancen haben, das 21. Jahrhundert in Wohlstand und Frieden zu erleben, je erfolgreicher sie sich von ihnen unabhängig machen. Deutschland zählt zu den Ländern mit einer geringen Rohstoffbasis, wenn man einmal absieht von der Braunkohle, dem Hauptklimakiller der Strombranche. In einer Welt des Klimawandels werden die neun Milliarden Menschen des Jahres 2050 umso besser (über-)leben können, je weniger fossile Brennstoffe in den kommenden Jahrzehnten verbrannt werden. Das ist eine Herausforderung, gerade für ein traditionelles Kohleland wie Deutschland. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will diese Herausforderung bestehen, auch wenn sie ihnen kurzfristig etwas kostet.

Deshalb geht es bei der Auseinandersetzung um die Energiewende wie bei kaum einem anderen Thema der Bundestagswahl 2013 auch um eine Richtungsentscheidung. Wenn diejenigen gewinnen, die aus wirtschaftlichem Kalkül und kurzsichtigen machttaktischen Erwägungen, die immer noch überwältigende Unterstützung der Energiewende durch die Bevölkerung untergraben, dann wird dies auch langfristig, über ihre Amtszeit hinaus Folgen haben. Denn die Energiewende wird kommen müssen und ihre Umsetzung wird umso schwieriger, je mehr Menschen sich von ihr abwenden. Selbst wenn das Bremsmanöver, das wir derzeit erleben, aus Sicht der Energiewendegegner erfolgreich ist, wird es über kurz oder lang einen zweiten Anlauf geben müssen, mit dem Unterschied, dass dieser dann voraussichtlich nicht mehr mit dem Rückenwind einer großen Bevölkerungsmehrheit rechnen kann.

[6] So liegt der Anteil der „großen Vier“ an der aktuellen Ökostromproduktion bei weniger als fünf Prozent (Die Zeit, Nr. 37/2013, 5.9.2013, S. 21f).

3. Die Strompreisdebatte – Das allumfassende Mittel zum Zweck

Tatsächlich steigen die Strompreise für die privaten Haushalte aber auch das Gewerbe und große Teile des Mittelstandes seit Jahren schneller als die allgemeine Teuerungsrate. Auf diese Tatsache bauen die Energiewendebremser ihre gesamte Strategie auf. Sie greifen dabei zurück auf Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit. Als die Bundesregierung 2010 der Bevölkerung ihre Beschlüsse zur Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke nahezubringen versuchte, drohte beispielsweise der damalige Bundeswirtschaftsminister und heutige FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle mit schneller steigenden Strompreisen, sollten die alternden Meiler, wie zuvor von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossen, schrittweise abgeschaltet würden. Zwar stiegen die Strompreise schon damals, obwohl seit Jahren kein einziges AKW in Deutschland endgültig vom Netz gegangen war. Doch das hinderte Brüderle oder den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) nicht daran, unentwegt die Strompreisexplosion zu beschwören, sollten AKW abgeschaltet werden.[7] Die Drohung mit unkalkulierbaren Strompreisen für den Fall der AKW-Abschaltung erwies sich zwar als Unsinn[8], auch weil Strom aus Erneuerbaren Energien den Atomstrom nach der Kehrtwende der Bundesregierung im Jahr 2011 viel schneller ersetzte, als es selbst Energiewende-Protagonisten für möglich gehalten hatten. Aber die Drohung zeigte damals durchaus Wirkung. Die Zustimmung zu einer Laufzeitverlängerung nahm zu. Vor diesem Hintergrund versuchen es die Energiewendegegner nun noch einmal. Die kurzfristige Angst vor der hohen Stromrechnung, soll die Sorge vor Atomkatastrophen und Klimawandel aus dem Bewusstsein verdrängen.

Mit Parolen gegen die volkswirtschaftliche Realität

Doch dieses mal gehen die Drohungen weiter: Angesichts explodierender Strompreise befinde sich Deutschland auf dem direkten Weg in die Krise. Auslöser sind nach dieser Lesart, die Energiewende und natürlich und vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energietechnologien. (s. Kasten).

Alarmisten

„Deutschland darf nicht durch explodierende Energiepreise seine Deindustrialisierung in großem Stil einleiten“
Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU, 8.8.2013[9]

„Wenn die Kostenexplosion so weitergeht, dann wird die deutsche Industrie immer mehr ins Hintertreffen geraten“
Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, 22.5.2013[10]

[7] *http://www.stromsparer.de/news/00715_laufzeitverlaengerung-mappus-befuerchtet-hohe-strompreise.php; http://www.stromsparer.de/news/01342_bruederle-laufzeitverlaengerung-gut-fuer-strompreise.php.*

[8] Sie hält auch heute niemand mehr aufrecht, obwohl Atomkraftwerke abgeschaltet wurden und die Preise tatsächlich steigen. Heute müssen die Erneuerbaren als Verantwortliche herhalten.

[9] Steiger, W.: „Explodierende Energiepreise führen zu Deindustrialisierung Deutschlands“, Pressemitteilung des Wirtschaftsrats der CDU (8.8.2013).

[10] Zitiert nach: Handelsblatt: „Hohe Stromkosten vertreiben Investoren“ (22.5.2013).

„Erneuerbare Energien ausbauen, egal was es kostet führt zu einer Deindustrialisierung Deutschlands." *Deshalb:* ***„Revision der Energiewende mit dem Schwerpunkt ´Totaler Stopp für den Ausbau erneuerbarer Energien´"***
Dieter Ameling, ehemals Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und notorischer Klimawandel-Leugner, 7.8.2013[11]

Mit der Wirklichkeit haben derlei Parolen nichts zu tun. Ganz im Gegenteil. Im Jahr 2012 wurden aus Deutschland Waren im Wert von 1.097 Milliarden Euro exportiert. Mit 188 Milliarden Euro erreichte der Außenhandelsüberschuss die zweithöchste Marke seit Einführung der entsprechenden Statistik im Jahr 1950.[12] Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geht davon aus, dass die Warenausfuhren im laufenden Jahr 2013 um weitere sechs Prozent steigen.[13] Die Bundesregierung jubelt über die beispiellose Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Doch nicht alle sind von diesen Zahlen begeistert, insbesondere nicht jenseits der Landesgrenzen. Denn die Exportüberschüsse der einen sind die Handelsbilanzdefizite und die Schulden der anderen.

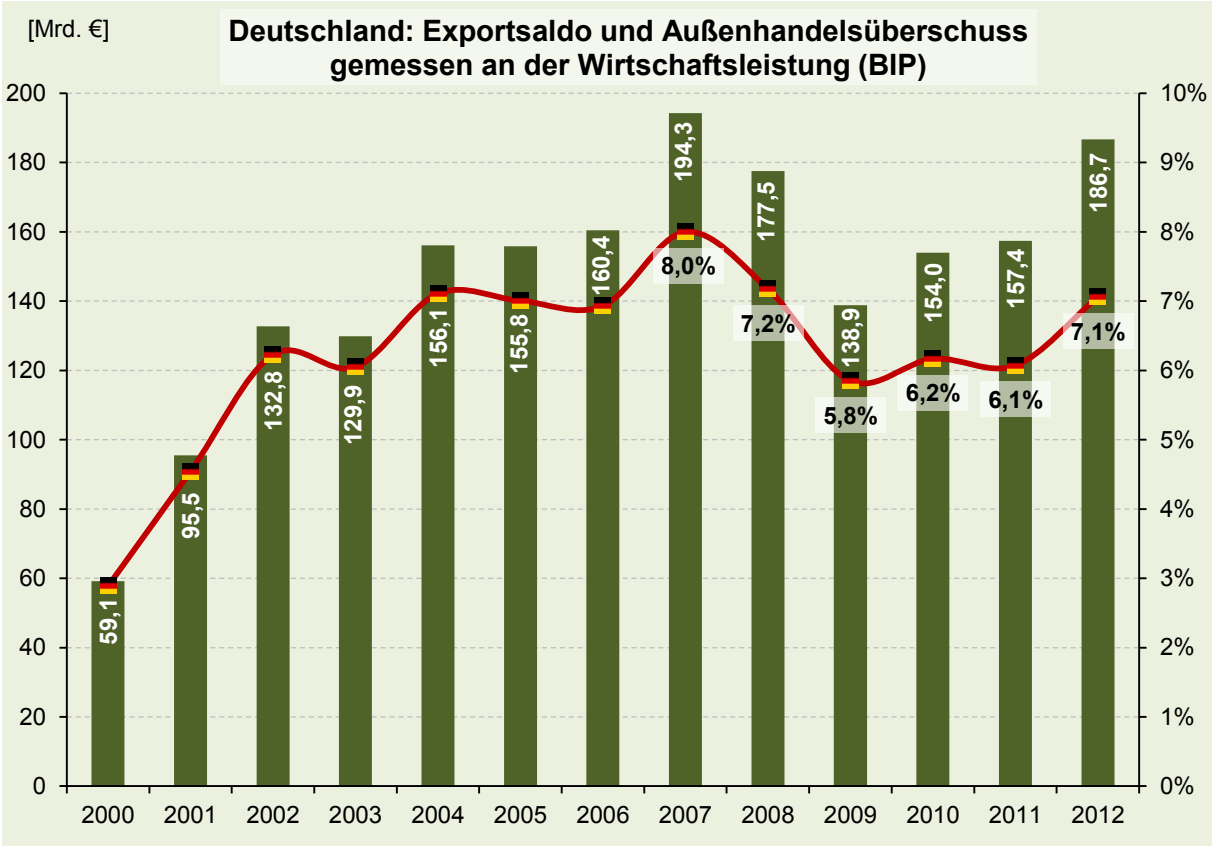


Abbildung 1: Deutschland erzielt seit Jahren mit Abstand die größten Handelsbilanzüberschüsse innerhalb der EU und sieht sich dadurch wachsender Kritik aus dem Euroraum ausgesetzt; Daten: Eurostat; Grafik: DUH.

[11] Ameling, D.: „Freispruch für CO_2 – Revision der Energiewende" (7.8.2013), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
[12] Statistisches Bundesamt: „Deutsche Ausfuhren im Jahr 2012: + 3,4 % zum Jahr 2011 – Ausfuhren und Einfuhren erreichen neue Rekordwerte", Pressemitteilung (8.2.2013);
https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/02/PD13_050_51.html
[13] Finanzen.net: „DIHK erwartet 2013 Exportwachstum von sechs Prozent" (17.4.2013);
http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/DIHK-erwartet-2013-Exportwachstum-von-sechs-Prozent-2375083

Das erkennt inzwischen auch die EU, die drohenden oder manifesten Ungleichgewichten in der Wirtschaftsentwicklung ihrer Mitgliedstaaten seit einigen Jahren mit einem „indikatorengestützten Frühwarnsystem“ begegnen will. Zum „Scoreboard“ der wichtigsten Indikatoren für ein Auseinanderfallen der Wirtschaftsentwicklung gehören nicht nur die Leistungsbilanzdefizite, sondern auch ihre Kehrseite, die Leistungsbilanzüberschüsse. Bei den Defiziten gelten vier Prozent des BIP als ungesund, bei den Überschüssen sechs Prozent. Die merkwürdige Ungleichbehandlung von Defiziten und Überschüssen ist kein Zufall. Vielmehr ist diese Festlegung der Tatsache geschuldet, dass Deutschlands Exportüberschuss im Mittel der vergangenen Jahre an eben dieser ungesunden Sechs-Prozent-Grenze entlang kratzt. Im vergangenen Jahr überschritt sie sie mit gut sieben Prozent sogar deutlich (*Abbildung 1*).

Ebenfalls dem politischen Einfluss des EU-Schwergewichts Deutschland ist zuzurechnen, dass Überschussländern auch im Fall des Überschreitens des Schwellenwerts von sechs Prozent keine Sanktionen drohen. Diese Rücksichtnahme auf die führende EU-Wirtschaftsmacht ändert jedoch nichts daran, dass der deutsche Handelsbilanzüberschuss die Verschuldung anderer EU-Länder geradezu triggert – und die Bundesregierung diese anschließend routinemäßig beklagt und mit rigorosen Sparappellen – manche Betroffene nennen es Spardiktate – beantwortet. Der Unmut unter den EU-Mitgliedstaaten über Deutschlands Sonderrolle in der Krise wächst und wird immer mehr zu einer Gefahr auch für die politische Union.

Deindustrialisierung Deutschlands? Darauf gibt es in der Realität nicht die Spur eines Hinweises. Die Bundesrepublik Deutschland kann auf eine jahrzehntelange Tradition an Standortdebatten zurückblicken, in deren Verlauf regelmäßig der Untergang des Vaterlandes beschworen wurde. Aber realitätsferner als derzeit waren diese interessengeleiteten Diskussionen noch nie. Und leider muss man annehmen, dass die meisten Lautsprecher der These vom bevorstehenden Ende des Industriestandorts Deutschland genau wissen, was sie sagen und was sie tun.

Die Energiewende-Gegner sehen die Strom- und Energiepreisdebatte als eine Art letzte Chance. Nach ihrer Überzeugung steht und fällt mit dem Erfolg oder Misserfolg ihres Generalangriffs auf die Energiewende die einzig realistische Möglichkeit, das Rad noch einmal anzuhalten. Deshalb konzentrieren sie jetzt alle Kräfte darauf eine Regierung im Amt zu halten, die der Energiewende im Lauf der folgenden Legislaturperiode den Garaus machen könnte. Deshalb hat sich die Deutsche Umwelthilfe mit Unterstützung von Avaaz entschlossen, den der Energie- und Strompreisdiskussion zugrundeliegenden Fakten noch einmal auf den Grund zu gehen.

Unsere Analyse verfolgt das Ziel, dass alle an die Wahlurne gehen, denen an der Fortsetzung des Generationenprojekts Energiewende gelegen ist. Der Energie-Wahlkampf der FDP und des Wirtschaftsflügels der Union lässt im Fall einer Fortsetzung der bestehenden Regierungskoalition das Schlimmste befürchten. Das ist in der Öffentlichkeit noch nicht überall verstanden worden, weil von der Bundeskanzlerin abwärts, über die Minister Rösler und Altmaier bis hin zu den Fachpolitikern der Regierungskoalition alle angeblich die Energiewende wollen. Doch was sie konkret vorschlagen, zielt eher auf eine Überlebensgarantie für das alte Energiesystem und die alten Akteure.

Explodierende Strompreise – wirklich und überall?

Die Strompreise privater Haushalte steigen seit Jahren deutlich schneller als die allgemeine Teuerungsrate. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen. Inzwischen zeigt die unablässige Beschwörung „explodierender Strompreise“ Wirkung. Auch die Schuldigen scheinen ausgemacht. Die Behauptung, Auslöser sei allein der rasante Ausbau viel zu teurer Erneuerbarer Energien, wird in der Öffentlichkeit immer seltener hinterfragt. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Tatsächlich haben sich die Strompreise für einen deutschen Durchschnittshaushalt, für Gewerbetreibende und große Teile des Mittelstands seit der Jahrtausendwende praktisch verdoppelt. Interessant ist allerdings, dass der Anstieg schon einsetzte, lange bevor der Ausbau der Erneuerbaren Energien Fahrt aufnahm und lange bevor sich die EEG-Umlage auf den Stromrechnungen der privaten und mittelständischen Stromverbraucher überhaupt spürbar niederschlagen konnte (*Abbildung 2*).

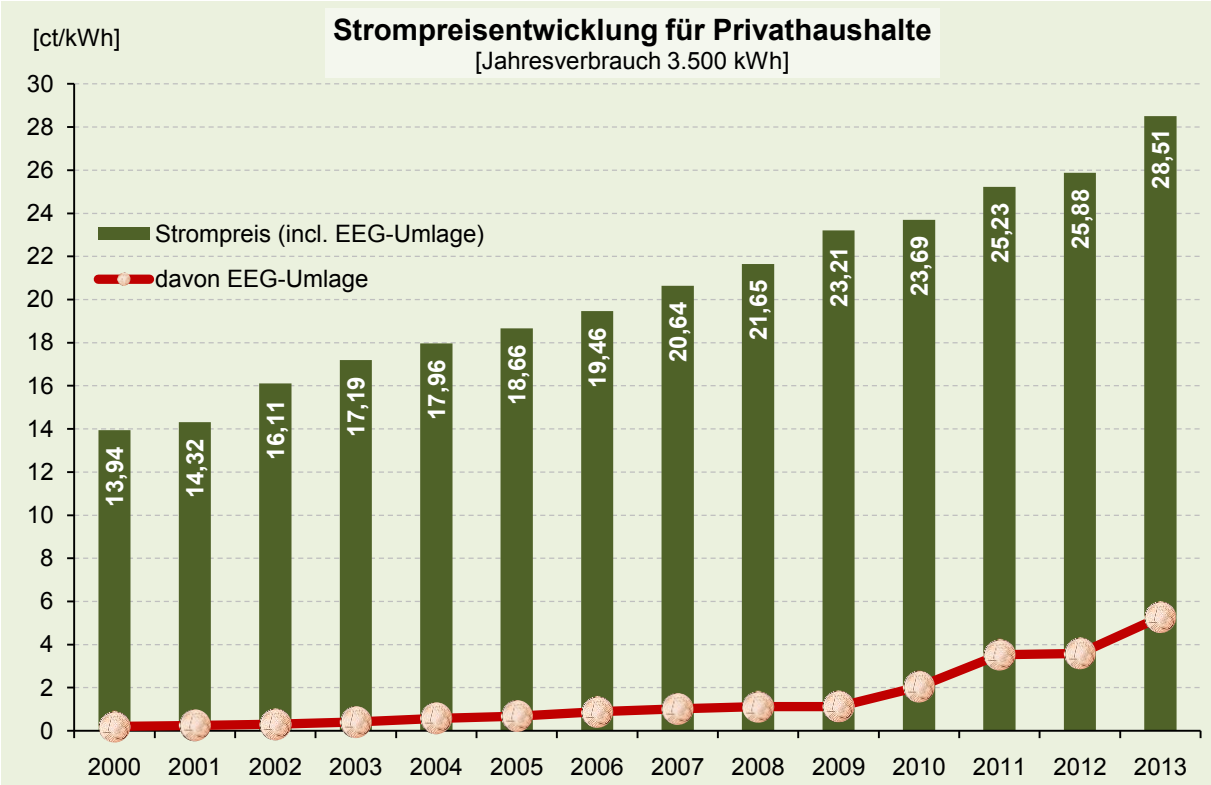
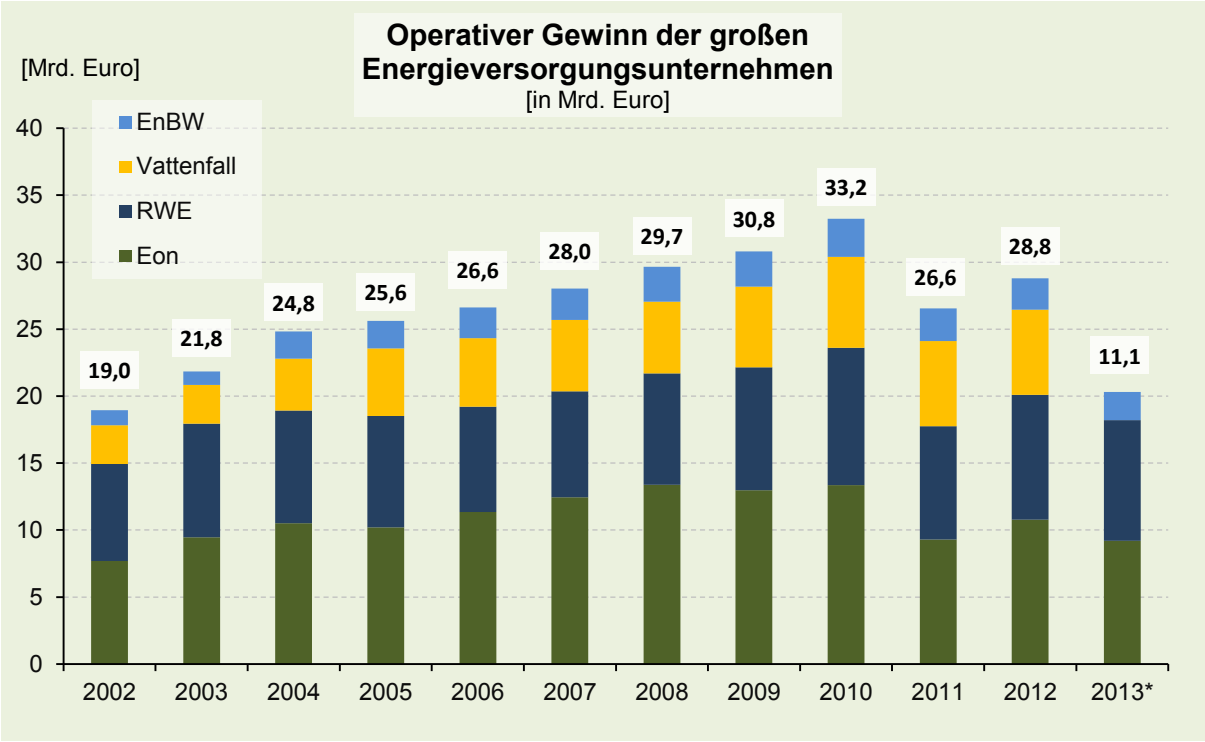


Abbildung 2: Die Strompreise steigen seit der Jahrtausendwende annähernd kontinuierlich; der Einfluss des EE-Zubaus setzte erst 2011 erkennbar ein; zuvor dominierten andere Einflussfaktoren wie mangelnder Wettbewerb zwischen den großen Versorgern und steigende Brennstoffpreisen; Daten: BMU; Grafik: DUH.

Damit bleibt festzuhalten: Die Erneuerbaren Energien sind nur für einen sehr überschaubaren Teil dieses Anstiegs verantwortlich zu machen. Insbesondere in den ersten Jahren des Jahrtausends spielten andere Faktoren eine viel wichtigere Rolle. Zum Beispiel ein nicht-funktionierender Strommarkt. Die beherrschenden Stromversorger E.on, RWE, Vattenfall und EnBW fuhren auf Kosten der Stromverbraucher horrende Gewinne ein, der operative Gewinn der großen Vier summierte sich zwischen 2002 und 2012 auf mehr als 300 Mrd. Euro (EBITDA), die Konzernüberschüsse auf immerhin noch fast 100 Mrd. Euro nach Steuern (*Abbildungen 3 und 4)*.



*) Prognose auf Basis der Angaben von EnBW, Eon und RWE

Abbildung 3: Kumuliert betragen die operativen Gewinne (EBITDA) der vier beherrschenden Energieversorgungsunternehmen E.on, RWE, Vattenfall und EnBW seit 2002 mehr als 300 Mrd. Euro; Daten: EnBW, E.on, RWE, Vattenfall; Grafik: DUH.

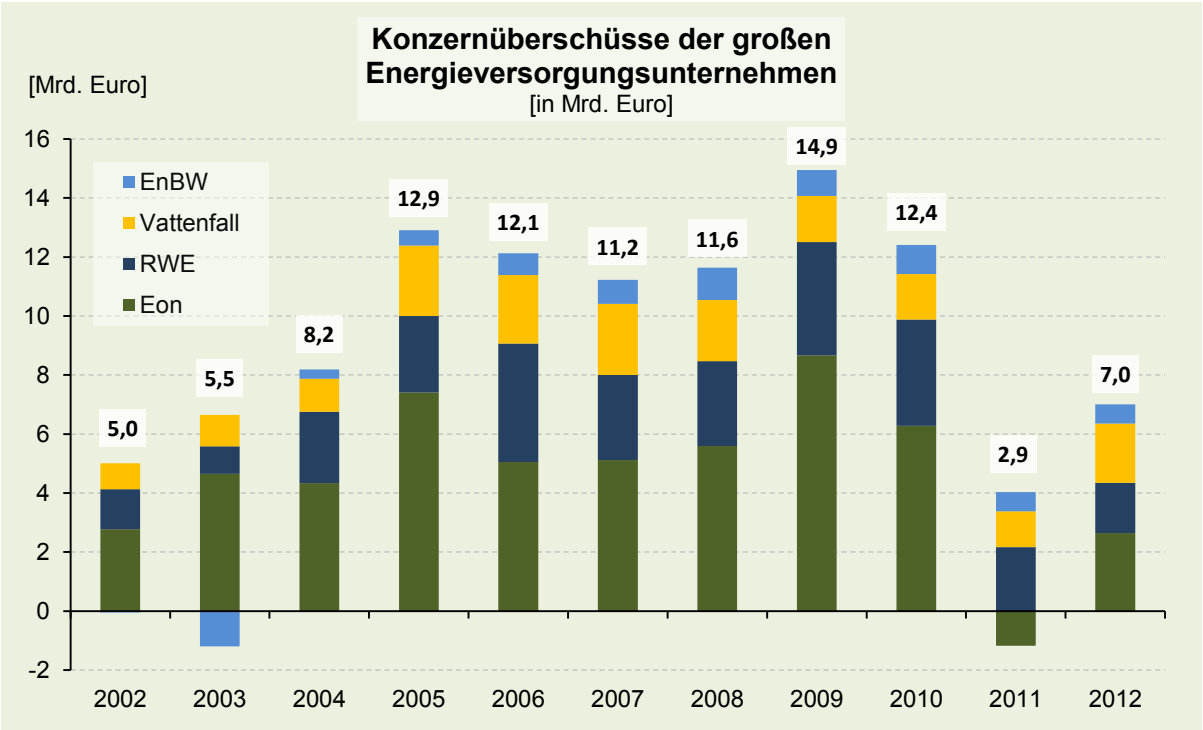


Abbildung 4: Kumuliert betragen die Konzernüberschüsse der vier beherrschenden Energieversorgungsunternehmen E.on, RWE, Vattenfall und EnBW seit 2002 mehr als 100 Mrd. Euro; Daten: EnBW, E.on, RWE, Vattenfall; Grafik: DUH.

.

Insbesondere den Marktführern Eon und RWE wurden von der EU-Kommission Strommarktmanipulationen zu Lasten ihrer Kunden nachgewiesen.[14] Darüber hinaus preisten sie – was legal war – die zeitweise noch erheblichen CO_2-Zertifikatekosten aus dem Europäischen Emissionshandel in ihre Strompreise ein, obwohl ihnen die CO_2-Verschmutzungsrechte bis 2012 weitestgehend kostenlos zugeteilt worden waren (sog. Windfall Profits). Außerdem stiegen im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends die Brennstoffkosten für Erdgas und Importsteinkohle erheblich, was sich ebenfalls in höheren Strompreisen niederschlug.

Dass dieser Kostenfaktor auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland dennoch einen allenfalls marginalen Effekt hatte und hat, liegt zum einen daran, dass die Aufwendungen für Strom weder die privaten Haushalte noch die große Mehrzahl der Industriebetriebe absolut erheblich belasten. Und zum anderen daran, dass die Unternehmen, die tatsächlich hohe Energiekostenanteile aufweisen mit einem umfassenden staatlichen Schutzsystem gegen die Folgen des Systemwechsels abgeschirmt werden. Doch dazu später mehr.

Die von Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam eingesetzte Expertenkommission zur Bewertung des ersten Monitoring-Berichts zur Energiewende „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung[15] kommt in ihrer Stellungnahme zu der Einschätzung, „dass sich der Anstieg der Preise für Elektrizität in der aggregierten Sichtweise … nicht so dramatisch zeigt, wie in der Öffentlichkeit oft dargestellt.“[16]

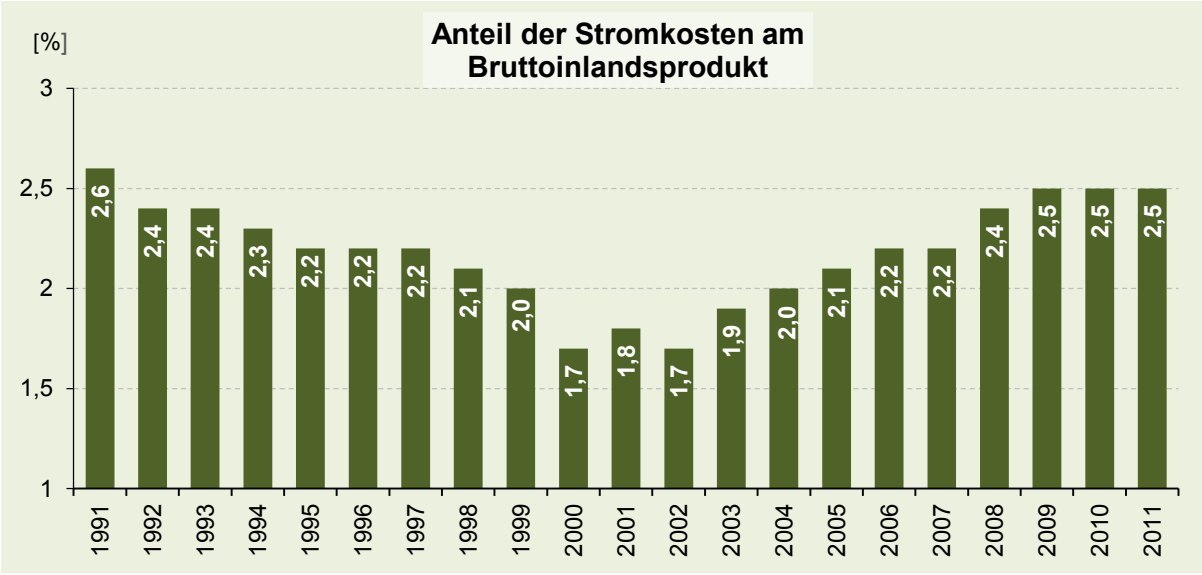


Abbildung 5: Anteil der aggregierten Letztverbraucherausgaben (privat und gewerblich) für Elektrizität am Bruttoinlandsprodukt; Daten: BMU/BMWi; Grafik: DUH.

[14] Die Zeit: „E.on soll die Strombörse manipuliert haben“ (5.3.2009); Süddeutsche Zeitung: „Hässliche Vorwürfe gegen Vorstände – E.on und RWE sollen den Strompreis manipuliert haben“ (17.5.2010);
Wegen des Verdachts der missbräuchlichen Kapazitätszurückhaltung hatte E.on sich gegenüber der EU-Kommission verpflichtet, Stromerzeugungskapazitäten in Höhe von 5.000 MW abzugeben und die Übertragungsnetzsparte zu veräußern, woraufhin das Verfahren von der Kommission eingestellt wurde (Entscheidung vom 26.11.2008, COMP/39.388, 39.389). Die Verfahren gegen RWE und Vattenfall wurden hingegen ohne weitere Zugeständnisse eingestellt.

[15] BMWi/BMU: „Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ (Dezember 2012);
http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

[16] Löschel/Erdmann/Staiß/Ziesing: „Stellungnahme zum ersten Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2011“, S.101;
http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/monotoringbericht-stellungnahme-lang,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

Eindrucksvoll belegt wird diese Aussage durch eine Grafik in dem Bericht. Sie zeigt den Verlauf der Stromkosten aller privaten wie gewerblichen Stromkunden in Deutschland bezogen auf den Anteil dieser Kosten am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ergebnis: Die aggregierte Stromrechnung sämtlicher privater und gewerblicher Stromverbraucher in Deutschland hatte 1991 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,6 Prozent. Zwanzig Jahre später waren es 2,5 Prozent (*Abbildung 5*). Für Untergangsszenarien bleibt da wenig Raum.

Erhellend ist auch der Verlauf der monatlich vom Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) veröffentlichte Strompreisindex in der jüngeren Vergangenheit. Der VIK-Index für Mittelspannungskunden in Industrie und Gewerbe gilt als maßgeblicher Indikator für die allgemeine Strompreisentwicklung in der deutschen Wirtschaft. Er sinkt seit den Energiewendebeschlüssen des Jahres 2011 – und zwar kontinuierlich ohne Unterbrechung. Aktuell, in diesem Sommer 2013, liegt er auf dem Niveau des Jahres 2005 und weit unter seinem Maximalwert im Jahr 2008, also drei Jahre vor den Energiewendebeschlüssen der Bundesregierung (*Abbildung 6*). Der VIK führt die sinkenden Strompreise für die Wirtschaft zu Recht darauf zurück, dass die Kosten für die Strombeschaffung wegen des anhaltenden Ausbaus Erneuerbarer Energien an der Börse ständig sinken.

Abbildung 6: VIK-Strompreisindex für industrielle Mittelspannungskunden; Daten: VIK; Grafik: DUH.

Das hindert allerdings den VIK, der als Lobbyverband für die großen industriellen Stromverbraucher fungiert, nicht daran, mit der These übers Land zu ziehen, ausgerechnet wegen Energiewende und hoher Strompreise sei „die Grenze der Belastbarkeit“ der deutschen Industrie erreicht. „Der internationale Strompreisunterschied zu Lasten des absoluten Hochpreisstandorts Deutschland gefährdet zunehmend Produktionsstandorte“, hieß es noch im Herbst 2012 in einer Pressemitteilung des Verbands. Sie gipfelte in der Aussage: „Es stehen direkt 900.000 deutsche Arbeitsplätze in energieintensiven Unternehmen auf des Messers Schneide und darüber hinaus noch etwa 2.200.000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrien. Vor diesem Hintergrund erwartet der VIK von der Politik eine Energiewendegestaltung, die diesen

Standort gefährdenden Randbedingungen durch angemessenes Gegensteuern Rechnung trägt.“ Der Verband berief sich bei seinen Aussagen auf „Ergebnisse einer nicht repräsentativen VIK-Umfrage unter seinen Mitgliedern“. Um es noch einmal festzuhalten: Gleichzeitig veröffentlicht der VIK Monat für Monat einen Strompreisindex, der die alarmistischen Parolen eindrücklich widerlegt.

Festzuhalten bleibt also, dass die Strompreissteigerungen für private Stromverbraucher, das Gewerbe und Teile des Mittelstandes derzeit deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate liegen, dies aber bei den großen Stromverbrauchern (insbesondere „Sondervertragskunden“ aus der Wirtschaft) keineswegs der Fall ist. Es gibt – bezogen auf die Strompreisentwicklung – eine gespaltene Welt. Das zeigt auch ein entsprechender Vergleich über die letzten Jahre (*Abbildung 7*). Erstaunlicherweise sind es aber fast ausschließlich Stimmen aus der Industrie, die lautstark angeblich existenzbedrohende Stromkosten beklagen. Ob es tatsächlich eine beängstigende Situation gibt und wie es zu den unterschiedlichen Entwicklungen bei den Strompreisen privater und kleiner Stromverbraucher im Vergleich zu den großen industriellen Verbrauchern kommt, soll in den folgenden Kapiteln beleuchtet werden. Zunächst geht es dabei um die generelle Strom- und Energiekostenbelastung der Wirtschaft.

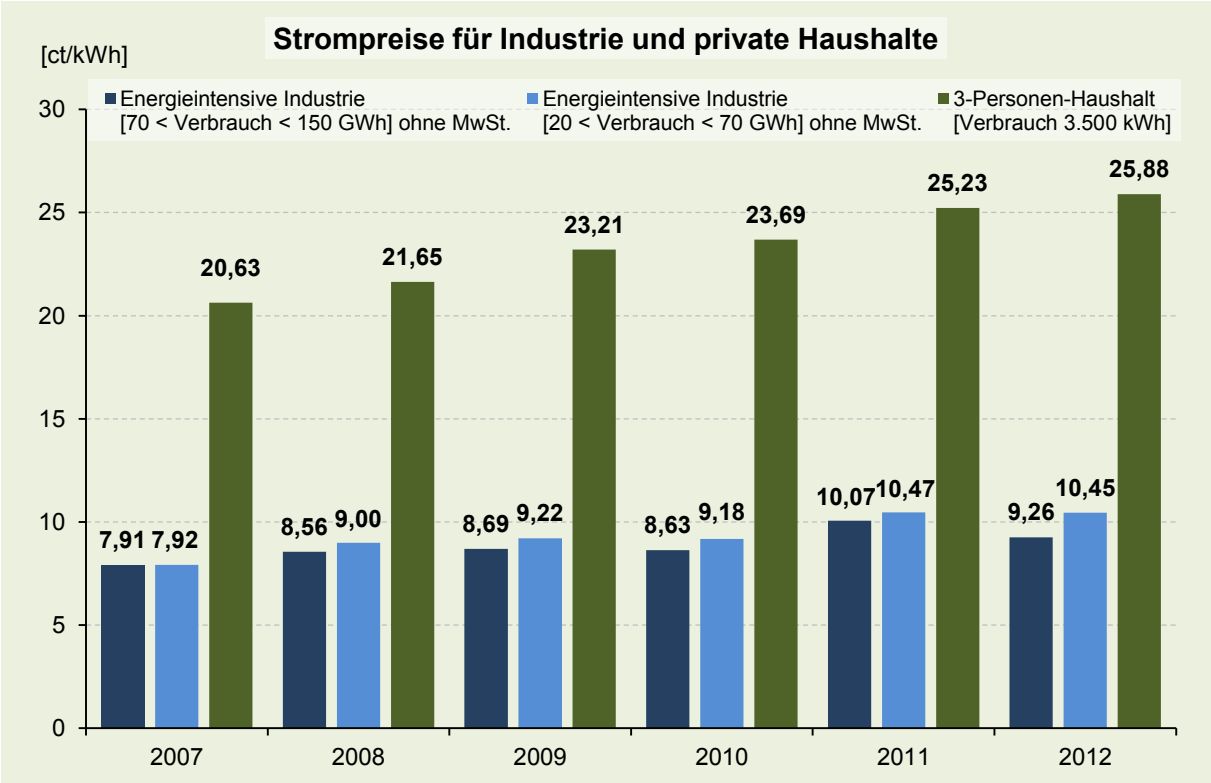


Abbildung 7: Energieintensive Unternehmen zahlten in den vergangenen Jahren 10 Cent und weniger pro Kilowattstunde – Privathaushalte müssen heute das Zweieinhalbfache aufwenden. Die Schere öffnet sich weiter; Daten: BDEW, Eurostat; Grafik: DUH.

3.1. Stromkosten der Industrie

3.1.1. Stromkosten unerheblich? – Eine Überraschung

Dass die Stromkosten in Deutschland aufs Ganze gesehen weder auf das Wohlergehen privater Haushalte noch auf die betriebswirtschaftlichen Rahmendaten der Unternehmen einen bestimmenden Einfluss haben und nicht einmal eine irgendwie beunruhigende Entwicklung erkennbar ist, hat der Blick auf den Verlauf der aggregierten Letztverbraucherausgaben für

Elektrizität am Bruttoinlandsprodukt in *Abbildung 6* gezeigt. Doch was bedeutet diese zunächst globale Einordnung für die Wirtschaft insgesamt und für ihre einzelnen Sektoren?

Einen ersten erhellenden Einblick bietet dazu eine Ausarbeitung aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) aus dem Jahr 2011.[17] Demnach liegt der durchschnittliche Kostenanteil aller Energiearten (also für Brenn- und Treibstoffe, Strom, Gas, Wärme) in der Industrie seit 2007 nahezu unverändert bei etwa 2 Prozent des Bruttoproduktionswerts (BPW). Im Vergleich dazu beliefen sich die Personalkosten im produzierenden Gewerbe 2011 auf 16,8 Prozent des BPW, der Materialkostenanteil (ohne Energie) machte 44,6 Prozent des BPW aus (*Abbildung 8*).

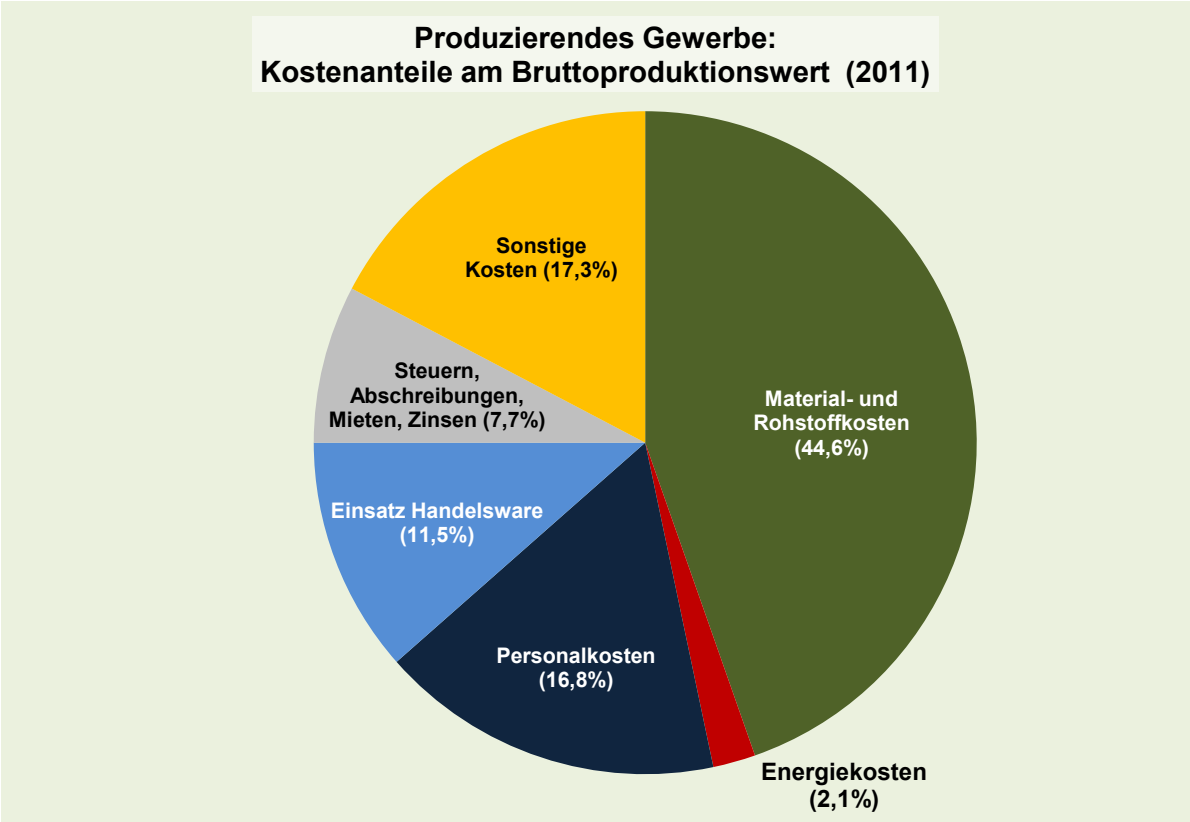


Abbildung 8: Der Strom- und Wärmekostenanteil der Industrie lag im Jahr 2011 – wie schon die Jahre zuvor – lediglich bei 2 Prozent des Bruttoproduktionswertes; Daten: Destatis; Grafik: DUH.

Das BMU-Papier stellt darüber hinaus fest, dass knapp 90 Prozent der 36.000 Industriebetriebe in Deutschland (nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts) Wirtschaftszweigen zugeordnet sind, in denen alle Energiekosten zusammen im Mittel weniger als 3 Prozent des Bruttoproduktionswerts (BPW) ausmachen.[18] Energiekosten von mehr als 5 Prozent am BPW hatten demnach lediglich 3,4 Prozent der produzierenden Unternehmen zu tragen. Strom hat an den gesamten Energiekosten der Industrie im Durchschnitt einen Anteil von etwa zwei Dritteln. Das bedeutet, dass die Stromkostenbelastung der Industrieunternehmen im Mittel unter 1,5 Prozent des Bruttoproduktionswertes liegen und bei fast 90 Prozent der Betriebe bei nur 2 Prozent oder weniger. Mit anderen Worten: Für eine große Mehrzahl der Industriebetriebe sind

[17] BMU: „Einfluss der Umwelt- und Klimapolitik auf die Energiekosten der Industrie - mit Fokus auf die EEG-Umlage“ (März 2011);
http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/eeg_stromkosten_bf.pdf

[18] Die Einordnung erfolgte auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen (2-Steller) der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008); Daten: Destatis, Fachserie 4 Reihe 4.3, 2011.

die Stromkosten nicht maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg; selbst erhebliche Strompreiserhöhungen im zweistelligen Prozentbereich schlagen sich in den Bilanzen kaum nieder. Für Unternehmen dieser Kategorie, die im internationalen Wettbewerb stehen (dazu gehört z. B. typisch die Automobilindustrie) spielen beispielsweise Wechselkursänderungen zwischen Euro und US-Dollar eine viel wesentlichere Rolle.

Die erwähnte Untersuchung des BMU stammt aus dem Jahr 2011, also der Amtszeit von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Die zugrundeliegenden Daten sind folglich noch älter, so dass angesichts der Entwicklungen bei den Energiekosten der letzten Jahre und der andauernden Strompreisdiskussion eine Aktualisierung naheliegend und angebracht erscheint. Sie ist aber nach unseren Informationen unter Röttgens Nachfolger Peter Altmaier (CDU) bislang nicht beauftragt worden. Deshalb haben wir selbst die öffentlich zugänglichen, statistischen Daten geprüft und auf den aktuell möglichen Stand gebracht. Ergebnis dieser Aktualisierung ist, dass die Grundaussagen der BMU-Untersuchung aus dem Jahr 2011, von wenigen Details abgesehen, fortgelten. Dies kann anhand der Tabelle A.1 (Anhang) im Einzelnen nachvollzogen werden.

Anstatt auf Basis des Bruttoproduktionswerts lassen sich die Energiekosten der Unternehmen auch ausschließlich auf Basis des im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwerts ermitteln. In diesem Fall bleiben enthaltene Vorleistungen unberücksichtigt, es erfolgt eine Konzentration auf die in den Unternehmen selbst erbrachte Bruttowertschöpfung (BWS).[19] Auf dieser Basis lag der Anteil der gesamten Energiekosten im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2011 bei durchschnittlich 7,7 Prozent (2008: 7,9 Prozent). Die Stromkosten beliefen sich im Mittel auf 5 Prozent der BWS. Demnach sind mehr als drei Viertel der produzierenden Unternehmen Wirtschaftszweigen zugeordnet, in denen die Energiekosten im Mittel weniger als 10 Prozent der Bruttowertschöpfung betragen.

Im Sektor der energieintensiven Industriebetriebe, die in der Summe etwa vier Prozent zur gesamten industriellen Bruttoproduktion in Deutschland beitragen, lag 2011der Anteil der gesamten Energiekosten am Bruttoproduktionswert zwischen 7,6 % (2008: 9,7 %; Roheisen, Stahl) und 19,1 % (2008: 18,3 %; Zement, Kalk, Gips) bzw. zwischen 25,7 % (2008: 23,5 %; Glas und Glaswaren) und 56,6 % (2008: 62,8 %; Zellstoff, Papier) an der Bruttowertschöpfung (Anhang A.2).

Bei näherer Betrachtung entwickelte sich die relative Energiekostenbelastung einzelner Wirtschaftszweige aufgrund unterschiedlicher Wettbewerbsintensität und divergierender Produktivitätsentwicklungen nicht einheitlich. So ist zum Beispiel die relative Energiekostenbelastung der Stahlindustrie (Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen) zwischen 1998 und 2008 nahezu unverändert geblieben, stieg infolge der Wirtschaftskrisenjahre 2009/2010 stark an, um 2011 wieder auf das Niveau von 2008 zu sinken. In der nachfolgenden *Abbildung 9* ist der Verlauf der Energiekosten der wesentlichen energieintensiven Branchen dargestellt, sowie der Durchschnitt aller Wirtschaftszweige (rote Linie). Der Vergleich mit Importpreisentwicklung für Erdgas, Importkohle und Rohöl (*Abbildung 10*) legt auch hier die Vermutung nahe, dass neben konjunkturellen Entwicklungen die Preisentwicklung bei den fossilen Brennstoffen ein Haupttreiber des insgesamt sehr moderat steigenden Energiekostenanteils an den Gesamtkosten war.

[19] Zur Definition: Der Bruttoproduktionswert (BPW) ist die Summe des Wertes aller Waren und Dienstleistungen. Die Bruttowertschöpfung (BWS) umfasst lediglich den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, also den Produktionswert (Waren und Dienstleistungen) abzüglich der Vorleistungen.

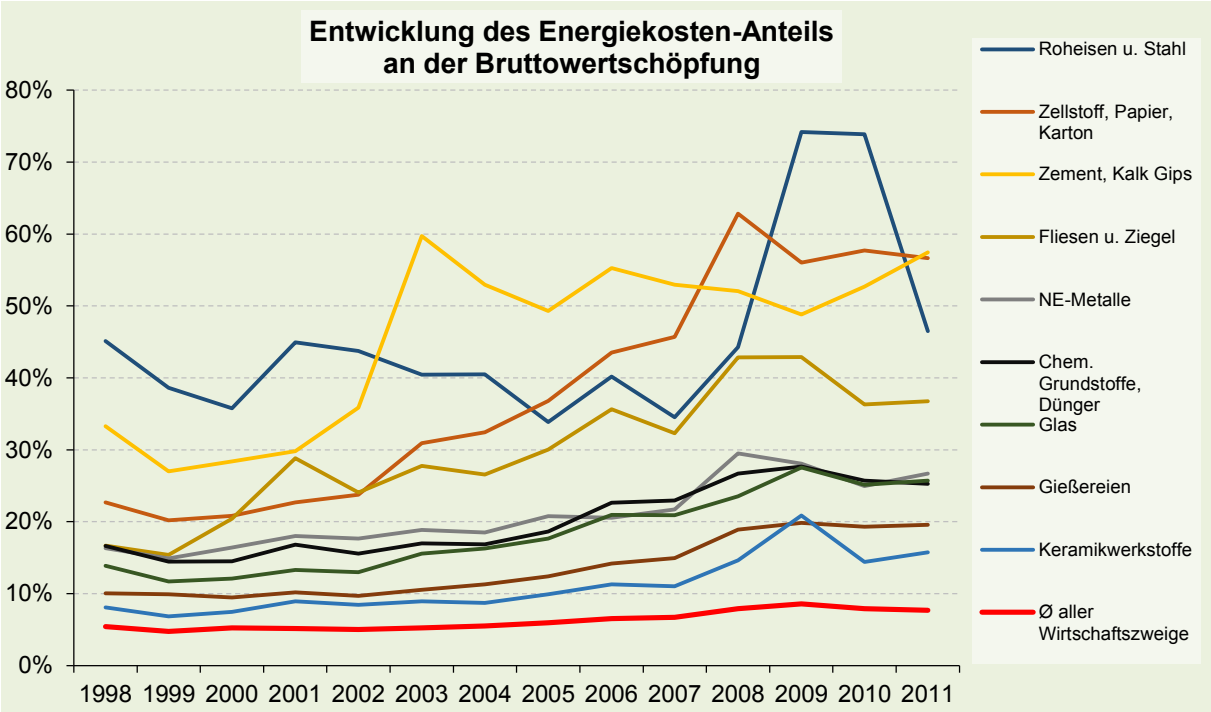


Abbildung 9: Der Energiekostenanteil in der Industrie stieg in den letzten 15 Jahren bis auf wenige Branchen moderat; Daten: Destatis, Grafik: DUH.

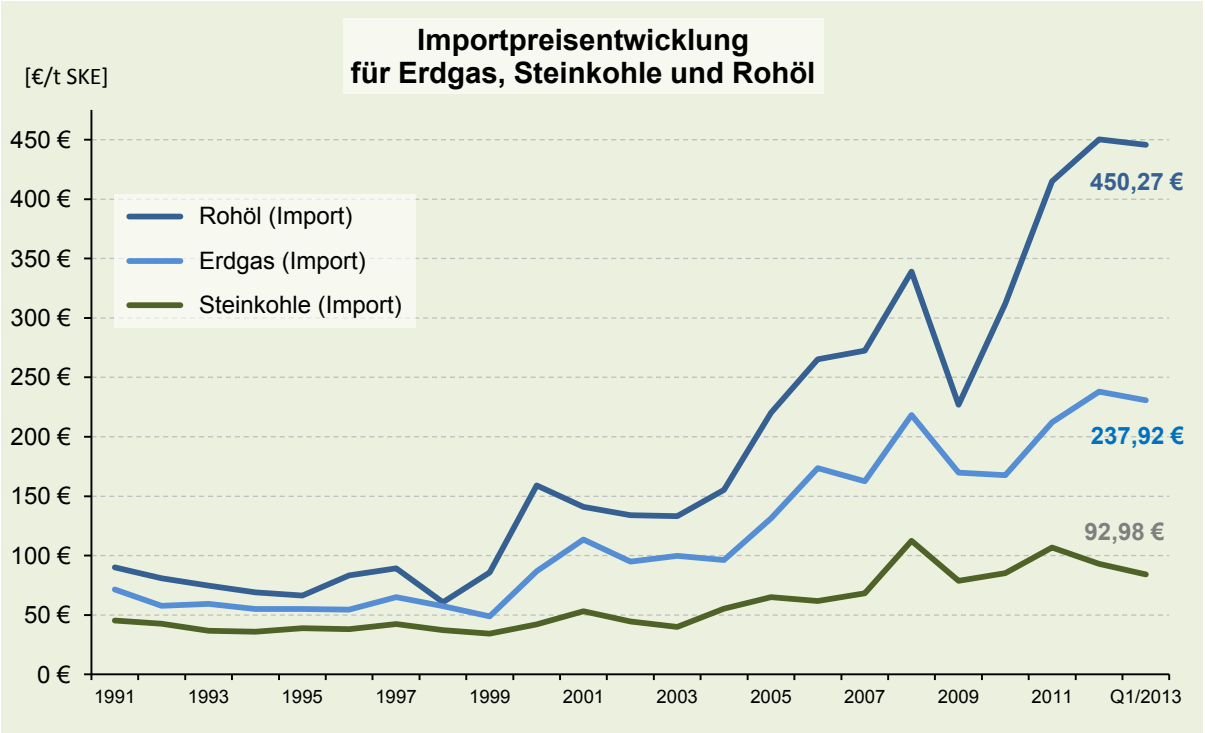


Abbildung 10: Die Preise für den Import fossiler Energieträger sind in den letzten 20 Jahren teilweise drastisch gestiegen; Daten: BMWi, BAFA; Berechnungen und Grafik: DUH.

3.1.2. Industriestrompreise im europäischen Vergleich

Traditionell liegen die Industriestrompreise in Deutschland im internationalen Vergleich im oberen Bereich. Diese Tatsache hat die deutsche Industrie bisher nicht daran hindern können, auf den Weltmärkten erfolgreich zu sein. Ganz im Gegenteil, Deutschland war entweder Exportwelt-

meister oder lag in der Liste der Exportnationen in der Spitzengruppe. Seit Ausbruch der Eurokrise beweist die hiesige Industrie jeden Tag, dass sie international nicht nur mithalten kann, sondern die EU-Märkte geradezu dominiert – was inzwischen im europäischen Ausland im häufiger den Vorwurf provoziert, Deutschland profitiere vom wirtschaftlichen Niedergang seiner EU-Partner. Dennoch hat die Bundesregierung die Privilegierung nicht nur der energieintensiven und/oder im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie in den letzten Jahren erneut ausgeweitet, zunächst mit der Netzentgeltbefreiung für Industriebetriebe,[20] die die Netze besonders stark auslasten, dann mit der Ausdehnung der EEG-Umlage-Befreiung (Besondere Ausgleichsregelung, BesAR)[21] auf weitere Segmente der Industrie, schließlich mit der Weiterführung des so genannten Spitzenausgleichs im Rahmen der Ökosteuer-Befreiung bis 2022 und dies praktisch ohne Gegenleistung.[22] Den Wirtschaftspolitikern von CDU/CSU und FDP im Bundestag sind diese Privilegien noch nicht genug. Um „erhebliche Wettbewerbsnachteile" der deutschen Wirtschaft auszugleichen, müsse über „noch wirksamere Entlastungen nachgedacht" werden, forderten die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Fraktion und die Arbeitsgruppe Wirtschaft der FDP bereits im September 2012 in einem gemeinsamen Beschluss.[23]

Weil jede Entlastung und Privilegierung der Industrie entweder von den nicht-privilegierten Stromverbrauchern über die EEG-Umlage oder von den Steuerzahlern aufgebracht werden muss[24], muss die Frage beantwortet werden, ob die Privilegien bzw. ihre Ausweitung auf immer mehr Unternehmen (noch) berechtigt sind. Da zudem zur Begründung für fast jede Privilegierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und Branchen und ihre Neigung, Produktionsstandorte in Strom-Billigländer zu verlagern, ins Feld geführt werden, sind die Strompreise für energieintensive Unternehmen im internationalen Vergleich besonders aufschlussreich.

Die DUH hat deshalb die Entwicklung der Strompreise energieintensiver Betriebe in der EU im Jahresvergleich 2011/2012 genauer analysiert. Bei den besonders energieintensiven Betrieben (Jahresverbrauch 70 bis 150 Gigawattstunden, GWh) sank der Strompreis dank des durch die Erneuerbaren Energien ausgelösten Merit-Order-Effekts und der gleichzeitigen Befreiung dieser Betriebe von der EEG-Umlage um acht Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Industrie-Strompreise für energieintensive Betriebe in Italien, Großbritannien, Spanien und Frankreich zum Teil drastisch (*Abbildung 11*).

[20] Im Sommer 2011, wirksam rückwirkend zum 1. Januar 2011.

[21] Im Rahmen der EEG-Änderung vom 22.12.2011, wirksam seit 1.1.2012.

[22] Im Deutschen Bundestag verabschiedet am 08.11.2012; siehe auch die DUH-Stellungnahme und Pressemitteilung „Spitzenausgleich bei der Ökosteuer: Das nächste Milliardengeschenk für die Industrie" unter: *http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2945&cHash=de26a956ab7589bf95f9ebfaac7c1f28*

[23] „Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern – industrielle Basis in Deutschland erhalten", Beschluss der AG Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Fraktion und der AG-Wirtschaft der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag (10.9.2012).

[24] Die weitgehende Entlastung von Unternehmen von der kommunalen Konzessionsabgabe geht direkt zulasten der ohnehin klammen Etats von Städten und Gemeinden.

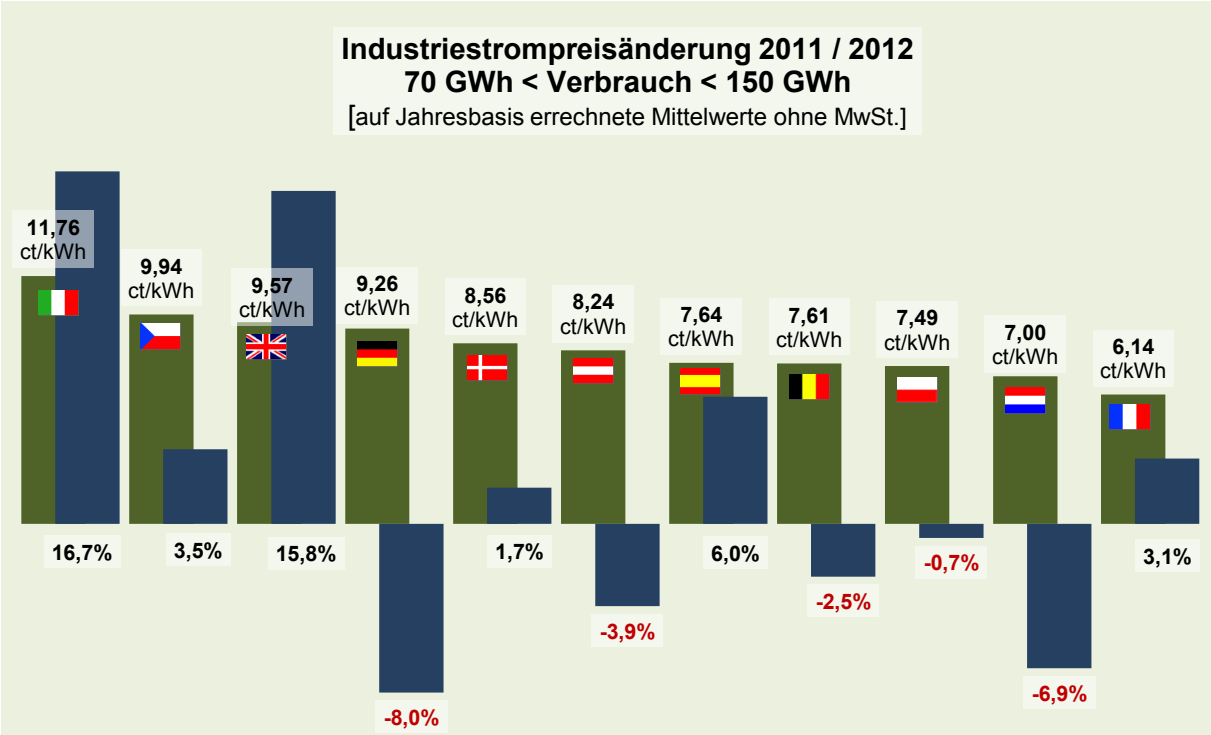


Abbildung 11: Im Vergleich mit den europäischen Nachbarn sind zuletzt die Strombezugskosten für die besonders energieintensive deutsche Industrie (bis 150 GWh) am stärksten gesunken; Daten: Eurostat, Grafik: DUH.

Bei – immer noch energieintensiven – Unternehmen mit jedoch geringerem Stromverbrauch schwächt sich dieser Effekt ab und kehrt sich schließlich um. Deutsche Betriebe mit einem Stromverbrauch zwischen 2 und 20 GWh pro Jahr weisen im Jahresvergleich 2011/2012 dann tatsächlich moderat steigende Strompreise aus, die sich aber kaum über der allgemeinen Teuerungsrate bewegen. Im Gegensatz dazu stiegen zwischen 2011 und 2012 die Industriestrompreise in Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien auch in diesem Segment erheblich stärker an.

Interessant ist ein erkennbarer Effekt des Booms der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie an Land, auf unsere unmittelbaren Nachbarn Niederlande und Polen. Auch dort sinken die durchschnittlichen Strompreise aufgrund des Erneuerbaren-Booms in Deutschland. Insofern haben Klagen aus Polen über den ungeliebten Ökostrom aus Deutschland eine besondere Note: Sie führten nämlich dort weniger zu Netzproblemen als dazu, dass dortige Betriebe in Starkwindphasen lieber günstigen deutschen Strom kaufen als teureren Strom aus polnischen Kohlekraftwerken.[25]

Als Zwischenfazit bleibt festzuhalten: Wie schon seit Jahrzehnten bewegen sich die deutschen Industriestrompreise im europäischen Vergleich im oberen Drittel. Der Strompreis für energieintensive Industrieunternehmen liegt heute etwa auf dem Niveau von 2007. Ähnlich sieht es für Industriebetriebe mit sehr hohen Stromverbräuchen aus. Der seit zwei Jahren anhaltende Niedergang der Strompreise an der Leipziger Börse (EEX) führt aktuell dazu, dass sich die strombezogene Wettbewerbssituation für energieintensive Betriebe gegenüber den wichtigs-

[25] Polen hat dieser Entwicklung inzwischen buchstäblich einen Riegel („Phasenschieber“) vorgeschoben und errichtet an der Grenze Strombarrieren gegen deutschen Billigstrom.

ten EU-Ländern – mit Ausnahme von Frankreich – verbessert (*Abbildung 12*). Insgesamt liegen die Großhandelspreise in Deutschland inzwischen so niedrig, dass per Saldo immer mehr Strom ins Ausland exportiert wird. In diesem Jahr ist hier ein neues Allzeithoch zu erwarten.[26]

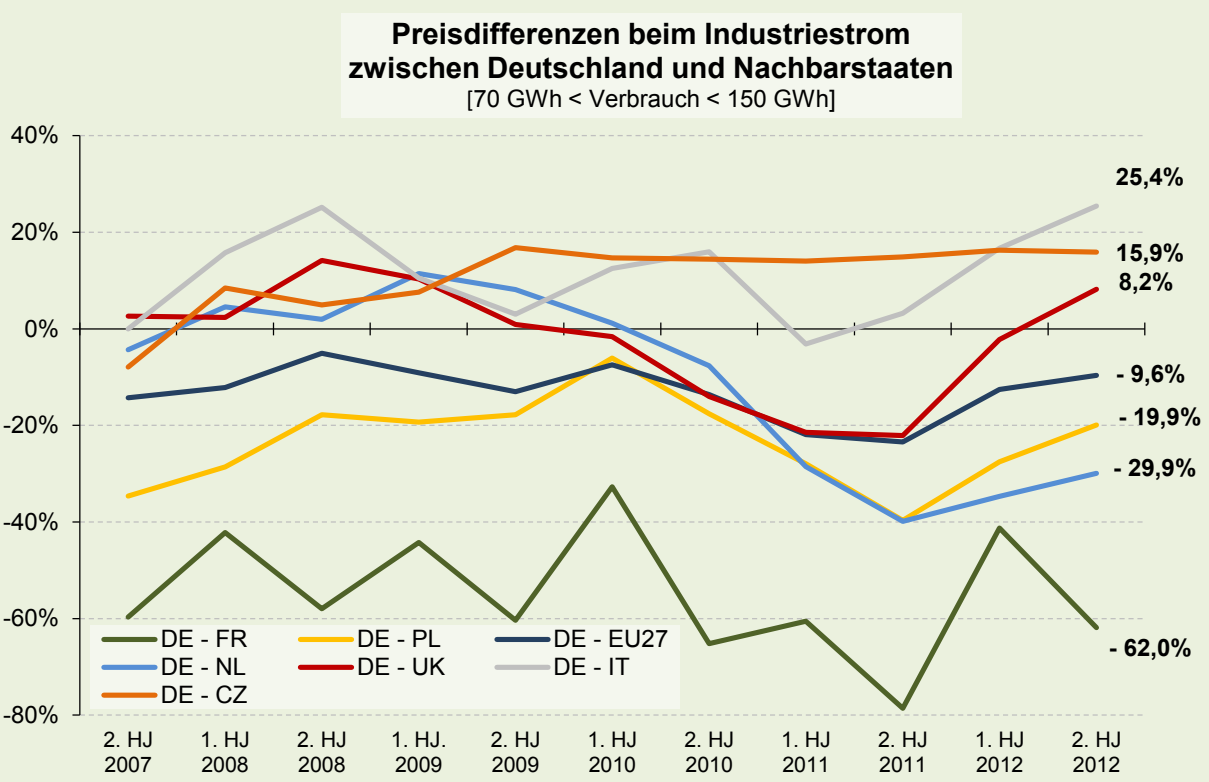


Abbildung 12: Die Preisdifferenzen zwischen Industriestrom in Deutschland und benachbarten Industrienationen hat in den letzten beiden Jahren auf breiter Front abgenommen. Ausnahme: Frankreich; Quelle: Eurostat; Berechnungen und Grafik: DUH.

3.1.3. Gefahr von jenseits des Atlantiks?

Wir haben gesehen: Für die notorischen Warner aus Industrie und Politik wird es immer schwieriger den Niedergang des Standorts Deutschland wegen angeblich unkontrolliert steigender Industriestrompreise zu beschwören, während sämtliche Indikatoren – Strompreisindex, Außenhandelsüberschuss, Stromexport – Tag für Tag das Gegenteil belegen. Auf EU-Ebene hat sich die Wettbewerbssituation für die energieintensive Industrie in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, weil sie von den Kosten der Energiewende systematisch entbunden wurde und gleichzeitig von den sinkenden Großhandelspreisen massiv profitierte. Deshalb gehen die Propagandisten der Zunft bereits seit einiger Zeit und verstärkt im laufenden Wahlkampf dazu über, eine neue Gefahr heraufzubeschwören: Sie droht nun von jenseits des Atlantiks. „Schon jetzt beträgt etwa der Gaspreis in den USA nur rund 30 Prozent des Gaspreises in Europa“, kommentiert beispielsweise EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU), eine der Speerspitzen der deutschen Traditionsindustrien, die Entwicklung. „Da stellt sich bei Unternehmen mit großem Energiebedarf schnell die Frage, ob Chicago oder Houston nicht reizvollere Standorte sind als Köln oder Antwerpen.“[27] In Wirklichkeit sind die Gaspreise in den

[26] DUH: „Kohlekraftwerke treiben Stromexport in historische Höhen“, Pressemitteilung (2.8.2013); *http://l.duh.de/ggimy*
[27] Rheinische Post: „Strompreis steigt pro Jahr um 10 Prozent“, (30.7.2013); *http://nachrichten.rp-online.de/wirtschaft/strompreis-steigt-pro-jahr-um-zehn-prozent-1.3570472*

USA im vergangenen Jahr bei allen kurzfristigen Schwankungen ebenso gestiegen wie die Strompreise.

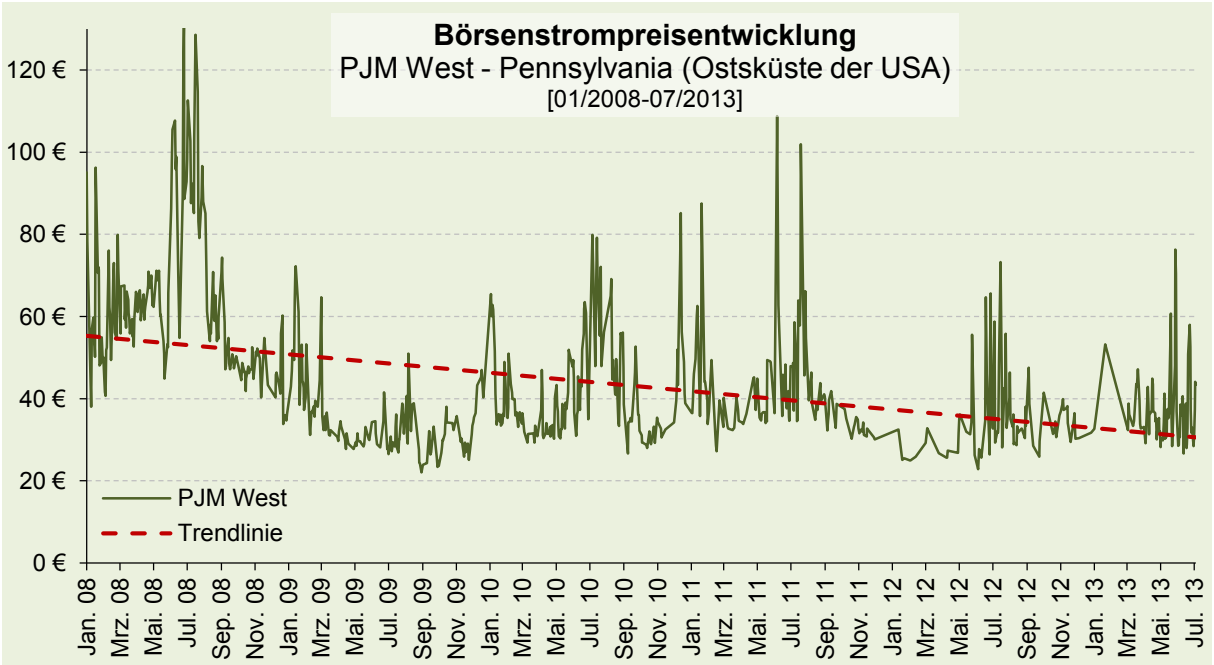


Abbildung 13: Die Großhandelspreise für Strom sind am Handelsplatz in Pennsylvania seit 2008 von umgerechnet 60 € auf ein Niveau von 35 bis 40 € gesunken; Daten: U.S. Department of Energy, Grafik: DUH.

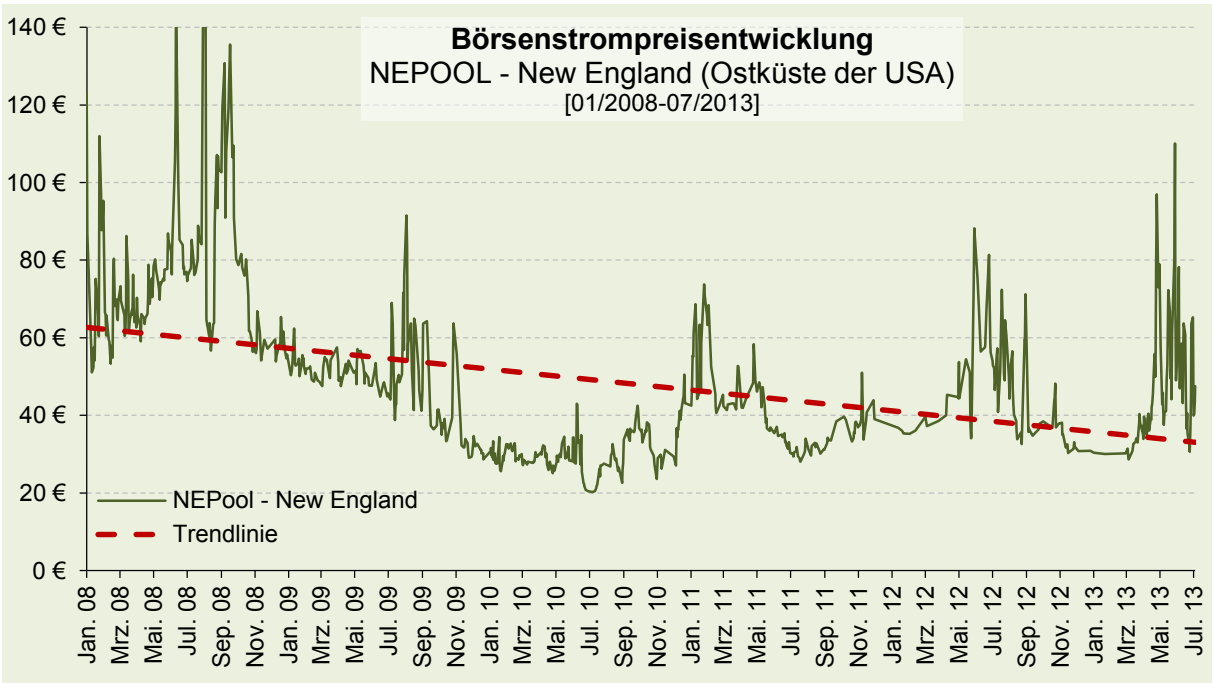


Abbildung 14: Auch am anderen Handelsplatz der Ostküste in New England sind die Großhandelspreise für Strom seit 2008 stetig gesunken; Daten: U.S. Department of Energy, Grafiken: DUH.

Das ändert jedoch nichts daran, dass die Industriestrompreise in den USA jahrzehntelang deutlich unter denen in Europa, insbesondere in Deutschland lagen. Im Zuge der großflächigen Shalegas-Gewinnung in den USA und der in der Folge bis 2012 erheblich gesunkenen Erdgaspreise wird immer seltener hinterfragt, ob die tatsächliche Strompreisdifferenz dies- und

jenseits des Atlantiks denn auch ausreicht, um beispielsweise Betriebsverlagerungen Richtung USA auszulösen. Es wird einfach davon ausgegangen. Wir haben deshalb die Großhandelspreise für Strom an unterschiedlichen Handelsplätzen in den USA und deren zeitliche Verläufe genauer untersucht. Wie in Deutschland – aber aus anderen Gründen – sind die Börsenpreise bis zur erwähnten Trendumkehr im Jahr 2012 tatsächlich im Mittel gesunken (beispielhaft *Abbildungen 13* und *14*).

Dennoch liegen die Großhandelspreise in den USA derzeit weniger weit entfernt von den inzwischen erreichten Börsenpreisen in Deutschland als in früheren Jahren. Rechnet man die zahlreichen Privilegien der energieintensiven Unternehmen hierzulande ein, bleibt nicht viel übrig von einem Sog Richtung USA, der regelmäßig und nicht nur von EU-Kommissar Oettinger beschworen wird. Wie erwähnt haben die durchschnittlichen Strom-Großhandelspreise an sämtlichen US-amerikanischen Handelsplätzen (bis auf Hawaii und Alaska) im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 sogar erheblich zugelegt.[28] Nach Angaben des amerikanischen Amtes für Energiestatistik (EIA) waren steigende Erdgaspreise Hauptkostentreiber für den Strompreisanstieg der jüngsten Vergangenheit, wenngleich die Steigerungsraten in einzelnen Regionen sehr unterschiedlich verliefen. Mitte Juli 2013 bewegten sich die Großhandelspreise für Strom an den großen US-Handelsplätzen zwischen 35 und 65 US-Dollar pro Megawattstunde (umgerechnet: 26,60 – 49,50 €/MWh) und damit auf einem vergleichbaren Niveau wie hierzulande. Fazit: Es gibt keinerlei belegbaren Grund zur Besorgnis.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hindert das jedoch nicht, gegenüber dem Handelsblatt zu erklären: „Die Stromkosten für unsere Unternehmen sind allerdings hoch, gerade auch im Vergleich zu unseren Nachbarländern. Das Gefälle zu den USA ist sogar noch größer…Die Folgen dieser Entwicklungen sind bereits spürbar. Es gibt Unternehmen, die Investitionen nicht bei uns, sondern in den USA tätigen.“ Das Handelsblatt fragt hart nach: “Lässt Sie das kalt?“ Rösler: „Ganz im Gegenteil. Die Entwicklung zeigt deutlich, dass bezahlbare Energie wesentlich ist für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Deswegen müssen wir beim Hauptkostentreiber, der derzeitigen Förderung der Erneuerbaren, ansetzen und das EEG zügig reformieren.“[29]

Der *Preis* des Stroms ist für stromintensive Industrieunternehmen jedoch nicht das einzige Kriterium, wenn es um Energie bezogene Standortentscheidungen geht. Mindestens ebenso wichtig ist die Versorgungssicherheit bzw. die Stabilität der Stromnetze. Die liegt in den USA – ebenfalls traditionell – weit unter deutschem Niveau. Insbesondere für stromsensible Unternehmen ist dies von großer Wichtigkeit für eine verlässliche Sicherung der Produktion. In Deutschland belaufen sich die ungeplanten Versorgungsunterbrechungen auf etwa 15 Minuten pro Jahr, ein absoluter Spitzenwert, auch im europäischen Vergleich. In den USA kann der Strom im Jahresverlauf auch schon mal acht Stunden ausbleiben. Insbesondere stromsensible Unternehmen sind in solchen Netzen gezwungen, teure Back-up-Systeme zu installieren. Auch dies nicht unbedingt eine Empfehlung für Unternehmen, Deutschland wegen allenfalls moderater Einsparungen bei der Stromrechnung Richtung USA zu verlassen.

---

[28] Energy Information Administration (EIA): “Wholesale electricity prices rose across the United States” (23.7.2013); *http://www.eia.gov/todayinenergy/detail.cfm?id=12211*

[29] Handelsblatt: „Ich bin der Kapitän der Mannschaft“, Interview mit Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (22.1.2013); *http://www.newscomm.de/pressemitteilung/98772/rOesler-interview-fuer-das-handelsblatt.html.*

Weil sich auch mit schwindender Versorgungssicherheit und Angst vor dem großen Black-Out Stimmung gegen die Energiewende machen lässt, wird hierzulande folgerichtig regelmäßig der Niedergang beschworen, der infolge des wachsenden Anteils fluktuierender Stromeinspeisung aus Wind und Sonne unweigerlich bevorstehe.[30] Derlei Ankündigungen von so genannten Experten haben sich immer wieder vor allem als Stimmungsmache entpuppt.[31] Auch hier hilft ein Blick auf die nüchternen Zahlen zum Beispiel des Monitoring-Berichts der Bundesregierung „Energie der Zukunft“: Danach sank die Zahl der Minuten, die ein durchschnittlicher deutscher Stromverbraucher während eines Jahres ungeplant ohne Strom war, zwischen 2006 und 2011 von 21 auf gut 15 Minuten.[32]

3.1.4. Die Entlastungsorgie – Geschenke von der Bundesregierung

Die bisherige Betrachtung der Strompreisentwicklung für energieintensive Unternehmen in der EU (bzw. den USA) bildet für die Gesamteinschätzung eine erste Basis – ist aber dennoch erst die halbe Wahrheit. Denn bei der Analyse ist Vorsicht geboten. So erfolgt zwar die Datenerhebung des Statistischen Amts der EU (Eurostat) in den Mitgliedsländern prinzipiell einheitlich. Allerdings spiegeln sich Ausnahmeregelungen und Privilegien, die insbesondere bei der energieintensiven Industrie greifen, in den von der Statistikbehörde erfassten und veröffentlichen Zahlen nicht wider. Ein hoher Strompreis in der Eurostat-Statistik bedeutet deshalb nicht zwangsläufig hohe Strompreise für die energieintensive Industrie im jeweiligen Land. Für Deutschland gilt das in besonderem Maß.

Zunächst ist es eine Binsenweisheit und weithin akzeptiert: Jedes Industrieland betreibt eine aktive Industriepolitik, mit der der heimischen Wirtschaft geholfen werden soll, sich auf den Weltmärkten zu behaupten. Das war und ist in Deutschland nicht anders. Dennoch ist Industriepolitik nicht gleich Industriepolitik: Wenn die Bundeskanzlerin sich – wie 2007/2008 geschehen – auf EU- oder G8-Ebene bemüht, die europäische und globale Klimapolitik voranzubringen, so hilft das sicherlich auch der deutschen Umweltindustrie. Man könnte das eine ökologische Industriepolitik nennen. Wenn dieselbe Bundeskanzlerin 2013 in Brüssel nachträglich gegen dort zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Rat im so genannten „Trilog“ bereits vereinbarte CO_2-Auflagen für Pkw nachträglich interveniert, um die deutschen Hersteller schwerer und spritdurstiger Premium-Pkw zu stützen, dann ist das klimafeindliche Industriepolitik.

Im Energiesektor profitiert die deutsche Wirtschaft traditionell von großzügigen Privilegien, die der Ökologie eher schaden. Die aktuelle schwarz-gelbe Bundesregierung hat diese Praxis nun in neue Höhen getrieben – und setzt dabei die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung aufs Spiel. Denn die Entlastung der Wirtschaft ist die Belastung der privaten Haushalte. Für ein und dasselbe Produkt – zuverlässig gelieferten Strom – zahlt der private Verbraucher fast dreimal so viel wie der stromintensive Großbetrieb. Dahinter steckt einerseits das offen eingestandene Kalkül der FDP und ihres Wirtschaftsministers Philipp Rösler, mit kräftig steigenden Strompreisen für private Haushalte den Druck auf die Erneuerbaren Energien und für eine faktische Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) zu erhöhen.[4] Andererseits soll die Skepsis großer Teile der Industrie gegen die plötzliche energiepolitische Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung im Jahr 2011 gedämpft werden. Vor allem aus Sicht der FDP

[30] Zeit Online: „Knapp vorbei am Stromausfall (18.8.2013); *http://www.zeit.de/2013/33/energiewende-interview-frank-umbach*

[31] Siehe z. B. auch DUH: „Stimmungsmache gegen die Energiewende: Die Österreich-Legende“ (13.1.2012); *http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2762&cHash=ad95a71516197ef0f5b3d6bfb6380328*

[32] BMWi/BMU: Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ (Dezember 2012), S. 62.

und des Wirtschaftsflügels der Union galt es Abbitte zu leisten für den Ausstieg aus Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie und die unvermittelte Propagierung der Energiewende nach der Fukushima-Katastrophe. Das Ergebnis ist eine Rekordentlastung der Wirtschaft von Energiekosten in Höhe von 16.8 Mrd. Euro im Jahr 2013 (*Abbildung 15*; Anhang A.3). Zum Vergleich: die EEG-Umlage betrug 2012 für alle Stromverbraucher 20,4 Mrd. Euro.

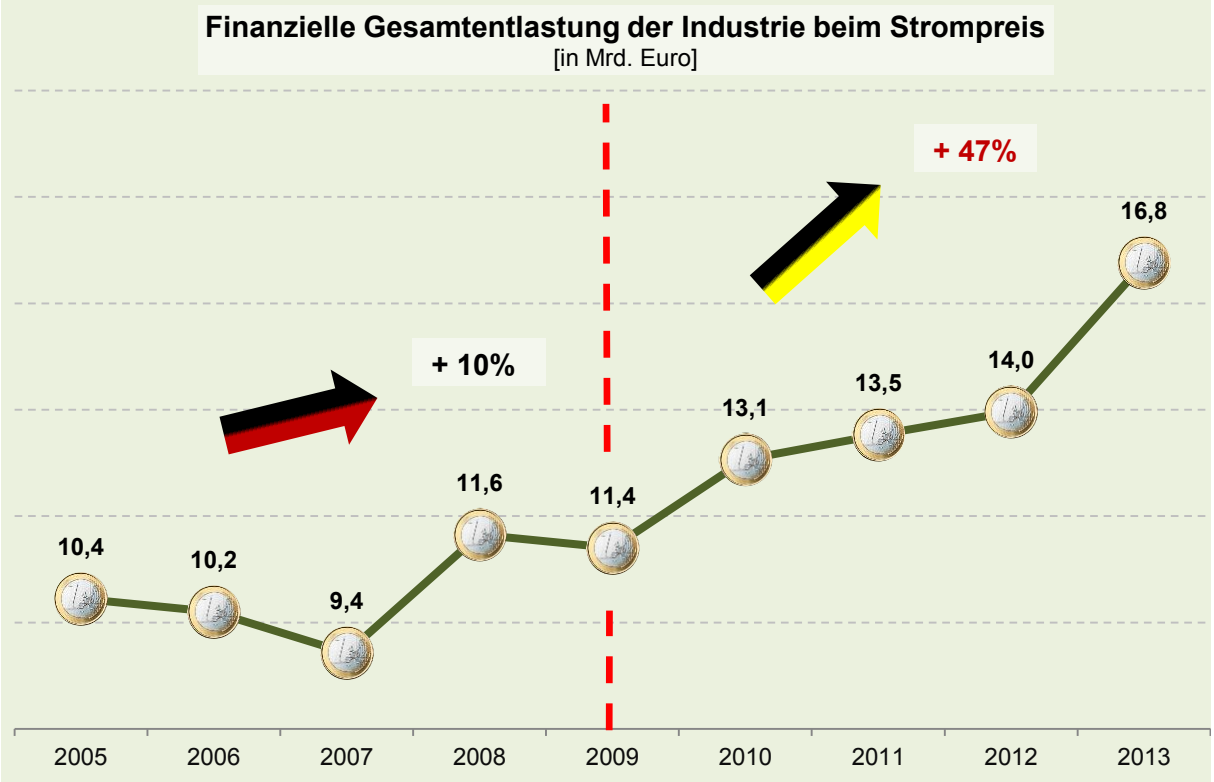


Abbildung 15: Unter der schwarz-gelben Regierung stiegen die Gesamtentlastungen für die Industrie beim Strompreis auf einen neuen Rekord von 16,8 Mrd. Euro; Daten: Arepo Consult, Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben-Abschätzung für 2013, BAFA, BMF, 21. - 24. Subventionsbericht, BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft", DEHSt, EEX, ÜNB, eigene Berechnungen; Grafik:: DUH.

Die Liste der Privilegien und Ausnahmen ist kaum mehr zu überschauen. Sie betrifft alle Kostenfaktoren, aus denen sich der Strompreis zusammensetzt. Dazu gehören zunächst die Kosten für Erzeugung und Transport des Stroms, die Stromsteuer, die Netznutzungsentgelte, die an die Netzbetreiber zu entrichten sind, sowie die Konzessionsabgaben an die Kommunen. Einen weiteren Block bilden die EEG-Umlage, die so genannte KWK-Umlage, mit der hocheffiziente Kraftwerke unterstützt werden, die gleichzeitig Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) erzeugen. Hinzu kommt schließlich die Umlage nach § 19 Abs. 2 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) sowie seit 2013 die Offshore-Haftungsumlage.

Zu all diesen Kosten gibt es ein Bündel an Vergünstigungen für die Industrie, die die aktuelle Bundesregierung weiter ausgebaut hat. Kaum noch durchschaubar sind diese Vergünstigungen unter anderem, weil die Voraussetzungen für ihre Inanspruchnahme variieren, beispielsweise wird der Begriff der „Energieintensivität“ auf unterschiedlichen Feldern jeweils unterschiedlich definiert.[33]

[33] Zu den einzelnen Ausnahmeregelungen siehe insbesondere:
Arepo Consult: „Befreiung der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben“ (2012);

Die Industrieprivilegien im Einzelnen:

Strom- und Energiesteuer

Nach dem Stromsteuergesetz können sich energieintensive Unternehmen teilweise von der Stromsteuer befreien lassen (allg. Vergünstigungen, Begünstigung stromintensiver Prozesse, Spitzenausgleich). Hierbei bestehen viele Detailregelungen, insbesondere bei den allgemeinen Vergünstigungen. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums betragen die Gesamtvergünstigungen in 2013 rund 4,7 Mrd. Euro (*Abbildung 16*).

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Energiesteuer (Allgemeine Vergünstigungen, Prozesse, Spitzenausgleich)	582	670	966	1.063	1.049	1.081	1.009	969	965
Stromsteuer (Allgemeine Vergünstigungen, Prozesse, Spitzenausgleich)	3.550	3.566	4.100	4.200	4.325	4.359	2.828	3.724	3.720
Summe	**4.132**	**4.236**	**5.066**	**5.263**	**5.374**	**5.440**	**3.873**	**4.693**	**4.685**

** Prognose*

Abbildung 16: Entlastung der Industrie bei Strom- und Energiesteuer (in Mio. Euro); Daten: BMF, 21. - 24. Subventionsbericht; Grafik: DUH.

EEG-Umlage

Gemäß § 40ff. EEG 2012 (Besondere Ausgleichsregelung, BesAR) können sich Unternehmen des produzierenden Gewerbes von der EEG-Umlage (teilweise) befreien lassen, wenn ihr Jahresverbrauch 1 GWh übersteigt und der Anteil der Energiekosten an der Bruttowertschöpfung (BWS) 14 Prozent. Sind die Bedingungen erfüllt, greift eine stufenweise Entlastung (1 GWh – 10 GWh: Zahlung von 10% der EEG-Umlage; 10 – 100 GWh: Zahlung von 1% der EEG-Umlage; mehr als 100 GWh: Zahlung von 0,05 Ct/kWh EEG-Umlage). Liegt das Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung über 20 Prozent und der Jahresstromverbrauch über 100 Gigawattstunden, zahlen diese Betriebe bereits ab der ersten Kilowattstunde nur 0,05 Ct/kWh an EEG-Umlage.

Darüber hinaus ist eigenproduzierter Strom vollständig von der EEG-Umlage befreit, solange er nicht durch das öffentliche Netz geleitet wird („Eigenstromprivileg“) (*Abbildung 17*).

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
EEG Besondere Ausgleichsregelung	345	485	630	759	740	1.455	2.736	2.715	4.860
EEG Eigenstromprivileg	279	295	379	414	477	754	1.521	1.600	2.046
Summe	**624**	**780**	**1.009**	**1.173**	**1.217**	**2.209**	**4.257**	**4.315**	**6.906**

** Prognose*

Abbildung 17: Entlastung der Industrie bei der EEG-Umlage (in Mio. Euro); Daten: 2005 - 2012: BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft", 2013: Arepo Consult, Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben-Abschätzung für 2013, BAFA, eigene Berechnungen; Grafik: DUH.

---

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Nachhaltigkeit/RLS-Studie_Energieintensive_Industrie.pdf

FÖS: Ausnahmeregelungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen (September 2013); *http://www.foes.de/pdf/2013-09-Industrieausnahmen-2005-2014.pdf*

BDEW: „Strompreisanalyse“ (Mai 2013); *http://www.bdew.de/internet.nsf/id/123176ABDD9ECE5DC1257AA20040E368/$file/13%2005%2027%20BDEW_Strompreisanalyse_Mai%202013.pdf*

Zum Volumen der Befreiungen: BMU/BMWi: „Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ (Dezember 2013); *http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf*

Aufgrund der in diesem Jahr erneut stark gestiegenen Anträge auf Vergünstigungen bei der EEG-Umlage ist damit zu rechnen, dass die Entlastung allein bei der Besonderen Ausgleichsregelung für 2013 auf fast 5 Mrd. Euro ansteigen wird. Der Tabelle A.4 (Anhang) kann entnommen werden, welche Branchen wie stark profitieren.

KWK-Umlage

Ähnlich wie bei der EEG-Umlage wird die Pflichtvergütung für KWK-Anlagen in Form einer Umlage auf die Energieverbraucher erhoben. Diese werden dabei in drei Gruppen untereilt: Für die ersten 100 MWh muss jeder Verbraucher die reguläre KWK-Umlage zahlen, derzeit 0,126 Ct/kWh. Ab 100 MWh beträgt sie lediglich noch 0,06 Ct/kWh (Großverbraucher). Übertreffen die Stromkosten eines Unternehmens zusätzlich noch die 4-Prozent-Schwelle am Umsatz, beträgt die KWK-Umlage nur noch 0,025 Ct/kWh (energieintensiv).

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
KWKG Ermäßigung (Großverbraucher)[1)]	267	235	172	118	107	63	8	4	4*
KWKG Ermäßigung (energieintensive Industrie)[1)]	103	92	76	60	52	40	18	20	20*
Summe	**370**	**327**	**248**	**178**	**159**	**103**	**26**	**24**	**24**

** Annahme: wie 2012, da noch keine aktuellen Daten verfügbar*

Abbildung 18: Entlastung der Industrie bei der KWK-Umlage (in Mio. Euro); Daten: BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft"; Grafik: DUH.

Netzentgeltbefreiung

Netzentgelte werden von den Übertragungsnetzbetreibern für die Netznutzung erhoben. Nach §19 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) können energieintensive Unternehmen von der Zahlung der Netzentgelte teilweise (bis dato unter bestimmten Voraussetzungen sogar vollständig[34]) befreit werden. Weitere Netzentgeltermäßigungen sieht §19 Abs. 2 StromNEV für sog. „atypische Netznutzungen" vor. Zum Vergleich: Privathaushalte mussten im Jahr 2012 im Durchschnitt mehr als 6 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) an Netzentgelten bezahlen. Die durch die weitgehenden Vergünstigungen entstehenden Mehrkosten werden, ähnlich wie bei der EEG-Umlage, größtenteils auf nicht-privilegierte Netznutzer über die sog. „§19-Umlage" überwälzt. Danach zahlen Privathaushalte und Kleingewerbe aktuell 0,329 Ct/kWh (2012: 0,151 Ct/kWh), während stromintensive Unternehmen lediglich 0,025 Ct/kWh bezahlen müssen.

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Netzentgelte (atypische Nutzer)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	137	163	140	163
Netzentgelte (energieintensive Industrie)	k.A.	k.A.	34	26	27	33	220	300	643
Summe	**k.A.**	**k.A.**	**34**	**26**	**27**	**170**	**383**	**440**	**806**

** Prognose*

Abbildung 19: Entlastung der Industrie bei den Netzentgelten (in Mio. Euro); Daten: 2005 - 2012: BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft", 2013: ÜNB; Grafik: DUH.

[34] Die Änderung des § 19 Abs. 2 StromNEV, wonach Verbraucher bei einer Stromabnahme von mehr als 10 GWh pro Jahr und einer Benutzungsstundenzahl von über 7.000 Stunden grundsätzlich von Netzentgelten befreit werden, wurde zunächst – „auf Zuruf" der Wirtschaftsvereinigung Metalle – vom Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP Ende Juni 2011 beschlossen (Die Änderung trat rückwirkend für das Jahr 2011 am 28.7.2011 in Kraft). Nachdem das OLG Düsseldorf die Regelung im März 2013 gekippt hatte und die EU-Kommission im selben Monat ein Beihilfeverfahren ankündigte, legte das BMWi umgehend einen Änderungsentwurf vor mit dem Ziel einer gestaffelten Netzgebühr statt der ursprünglichen Komplettbefreiung (Kabinettbeschluss vom 29.5.2013).

Die Gesamtvergünstigungen (*Abbildung 19*) bei den Netzentgelten im Jahr 2012 dürften jedoch weitaus höher gelegen haben. Aufgrund von Prognosefehlern bei der Neuregelung im September 2011 geht das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) von einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 150 bis 200 Mio. Euro aus, der zwar genehmigt, aber noch nicht in die bereits geleistete §19-Umlage des Jahres 2012 eingeflossen ist. Der Fehlbetrag dürfte folglich in die Berechnung der §19-Umlage für das Jahr 2014 einfließen.[35]

Offshore – Haftungsumlage

Die Offshore – Haftungsumlage dient seit 2013 der Absicherung privater Investoren von Offshore-Windkraftanlagen. Kommt es zu Verzögerungen beim Netzanschluss der Anlagen, sind die Netzbetreiber nach § 17f EnWG zu entsprechenden Kompensationszahlungen an die Anlagenbetreiber verpflichtet. Die hierbei entstehenden Kosten werden wiederum von den Netzbetreibern in Form der Umlage an die Stromkunden weitergegeben. Analog zu den Ausnahmeregelungen bei der KWK-Umlage gibt es auch hier drei Verbrauchsgruppen, die in unterschiedlichem Umfang an den Kosten beteiligt werden: Während Stromkunden mit einem Verbrauch von weniger als 1 GWh pro Jahr die volle Umlage von 0,25 ct/kWh bezahlen müssen, werden Stromkunden mit einem darüber liegenden Verbrauch nur mit 0,05 ct/kWh an den Kosten beteiligt. Beträgt der Stromkostenanteil eines Unternehmens am Umsatz mehr als 4%, wird sogar nur eine Umlage von 0,025 ct/kWh fällig. Laut Arepo Consult ist 2013 für die Industrie mit einer Gesamtentlastung von rund 100 Mio. Euro zu rechnen.

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Offshore-Haftungsumlage	-	-	-	-	-	-	-	-	100

** Prognose*

Abbildung 20: Entlastung der Industrie bei der Offshore-Haftungsumlage (in Mio. Euro); Daten: Arepo Consult, Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben-Abschätzung für 2013; Grafik: DUH.

Konzessionsabgabe

Die Konzessionsabgabe wird von den Kommunen für die Nutzung des öffentlichen Raumes (für Leitungen etc.) erhoben. Laut Konzessionsabgabeverordnung beträgt diese für Tarifkunden zwischen 1,32 Ct/kWh und 2,39 Ct/kWh (je nach Einwohnerzahl und Netzspannung der Kommune). Für Sondervertragskunden beträgt die Konzessionsabgabe dagegen nur maximal 0,11 Ct/kWh, in Sonderfällen ist sogar eine vollständige Erlassung vorgesehen. Wer Sondervertragskunde ist und wer nicht, können die Versorger mit den Abnehmern i.d.R. selbst vereinbaren. Die stromintensive Industrie ist praktisch immer dabei.

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Konzessionsabgabe	3000**	3000**	3000**	3000**	3000**	3.500	3.600	3.600	3.600

** Prognose*
*** eigene Schätzung*

Abbildung 21: Entlastung der Industrie bei der Konzessionsabgabe (in Mio. Euro); Daten: 2010 - 2012: BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft"; Grafik: DUH.

Emissionshandel

Auch vom Versuch die Kosten, die das Treibhausgas CO_2 verursacht, über den EU-Zertifikatehandel zu internalisieren, werden energieintensive Unternehmen durch die Bundesregierung auf zweifache Weise entlastet. Zum einen wird ein Großteil der Zertifikate für prozessbedingte

[35] FÖS: Ausnahmeregelungen bei den Stromnetzentgelten - Entwicklung und Ausblick, S. 5 (2013); *http://www.foes.de/pdf/2013-06-Ausnahmeregelungen-bei-Stromnetzentgelten.pdf*

Emissionen an diese Unternehmen weitestgehend auch in der so genannten „dritten Verpflichtungsperiode“ kostenlos verteilt. Zum anderen werden energieintensive Unternehmen erstmals auch von Strompreiserhöhungen, die auf den Emissionshandel zurückgehen, dauerhaft entlastet. Die Bundesregierung eröffnet solchen Unternehmen die Möglichkeit, sich die Internalisierung der Kosten ihres strombedingten CO_2-Ausstoßes kompensieren zu lassen und damit die eigenen Stromkosten weiter zu senken. Laut Berechnungen des Öko-Instituts umfasst die Kompensation effektiv etwa 70 Prozent der eingepreisten CO_2-Kosten. Bei einem durchschnittlichen CO_2-Zertifikatepreis von aktuell 4,56 Euro verringert sich somit der Börsenstrompreis nachträglich um weitere 3,20 Euro/MWh.[36]

Diese letztgenannte Begünstigung wird über den Energie- und Klimafonds der Bundesregierung finanziert. Die Regierung rechnet mit einem Gesamtumfang von 350 Millionen Euro für 2013, der jedoch erst 2014 fällig wird, auch wenn die Ausnahmen schon in diesem Jahr gewährt werden. Weil die Summe jedoch noch unsicher ist, haben wir in unsere Grafik und Tabelle (*Abbildung 15*, Anhang A3) nur eine erste Abschätzung der erstgenannten Kompensation durch kostenlose Zuteilung von CO_2-Zertifikaten in Höhe von 663 Mio. Euro aufgenommen.

Entlastungsregelung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Kostenlose Zuteilung von CO_2 - Zertifikaten***	2.317	1.854	71	2.009	1.623	1.643	1.426	889	663
CO_2 - Kompensation	-	-	-	-	-	-	-	-	350**
Summe	**2.317**	**1.854**	**71**	**2.009**	**1.623**	**1.643**	**1.426**	**889**	**1.013**

** Prognose*
*** nicht in der Gesamtsumme in der Abbildung 15/Anhang A.3 enthalten, da die Vergünstigung erst 2014 rückwirkend geleistet wird*
**** ausschließlich Zertifikate für prozessbedingte Emissionen berücksichtigt*

Abbildung 22: Entlastung der Industrie beim Emissionshandel (in Mio. Euro); Daten: Arepo Consult, Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben-Abschätzung für 2013, DEHSt, EEX, eigene Berechnungen; Grafik: DUH.

3.1.5. Schwarz-gelb – Mehr Privilegien für mehr Unternehmen

Im ersten Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft" der Bundesregierung zur Energiewende hat das Bundeswirtschaftsministerium Ende 2012 dankenswerterweise alle Privilegien für die energieintensive Industrie im Stromsektor tabellarisch zusammengefasst. Allerdings hat sie versäumt, einen Strich drunter zu ziehen und die Summe zu bilden. Das haben wir in der Abbildung 15/Anhang A.3 nachgeholt. Ergebnis: seit 2009, also seit Antritt der Regierung Merkel/Westerwelle/Rösler, hat sich die Summe der Privilegien für die energieintensive Industrie im Stromsektor rasant nach oben entwickelt von rund 11,4 Mrd. Euro auf 16,8 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Nicht einmal mehr für die Hälfte des Industriestromverbrauchs in Deutschland wird nach einer Prognose des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in diesem Jahr die volle EEG-Umlage erhoben (*Abbildung 23*). Und von den ebenfalls für 2013 prognostizierten EEG-Umlagekosten von 20,4 Mrd. Euro zahlt die Industrie nur noch 30 Prozent (6,1 Mrd. Euro, *Abbildung 24*).

[36] Matthes, F.: Aktuelle Stromkosten für die energieintensiven Industrien in Deutschland, S.5 (2013); *http://www.oeko.de/oekodoc/1796/2013-477-de*

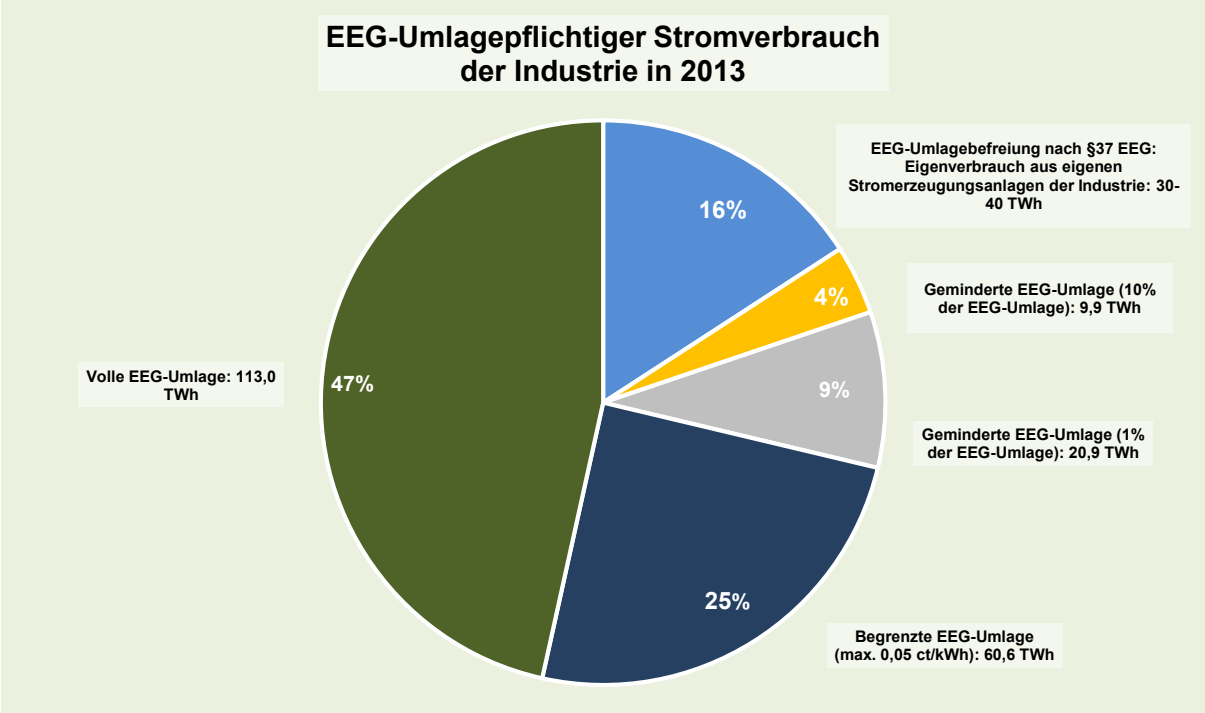


Abbildung 23: Die Industrie zahlt nur für knapp die Hälfte des Stromverbrauchs die volle EEG-Umlage; Daten: BDEW; Grafik: DUH.

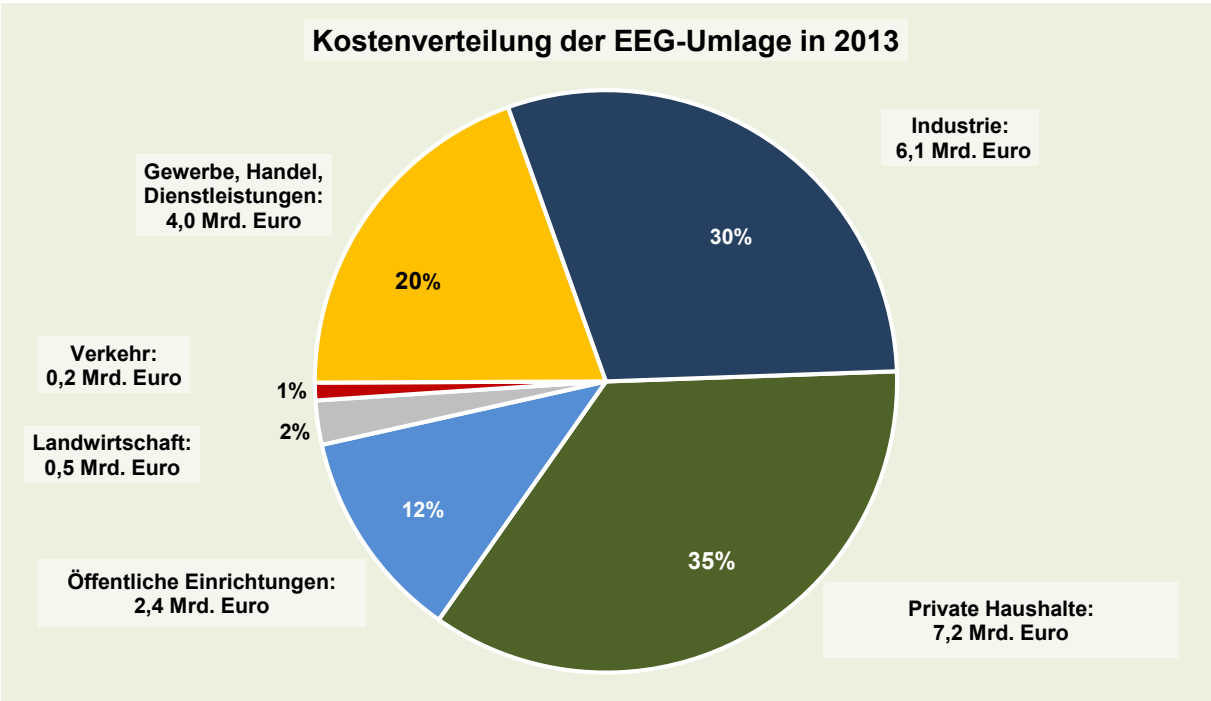


Abbildung 24: Von den für 2013 prognostizierten EEG-Kosten (20,4 Mrd. €) trägt die Industrie lediglich 30 Prozent (6,1Mrd. €), obgleich sie fast die Hälfte des deutschen Stroms verbraucht; Daten: BDEW; Grafik: DUH.

Industrieentlastungen bei EEG-Umlage steigen 2014 dramatisch

Das Ende der Entwicklung ist das noch längst nicht, nachdem die Bundesregierung die Bedingungen für eine Umlagen-Entlastung in der EEG Novelle 2012 noch einmal ausgeweitet hat. Die Folgen für das Jahr 2014 sind bereits abschätzbar (*Abbildung 25*). Die Antragsflut ist erneut angeschwollen und bezieht sich nun nach Recherchen der DUH auf fast 120 Terawattstunden (TWh) – also auf rund ein Fünftel des gesamten deutschen Bruttostromverbrauchs. Würden diese Anträge allesamt genehmigt, würde sich die Fördersumme für die Industrie im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung im Jahr 2014 noch einmal dramatisch erhöhen. Bei einer angenommenen EEG-Umlage von 6,2 Ct/kWh im Jahr 2014 müssten die nicht-privilegierten Stromverbraucher dann mehr als 7 Mrd. Euro allein für diesen Teil der Industrieprivilegien aufbringen (*Abbildung 26*).[37]

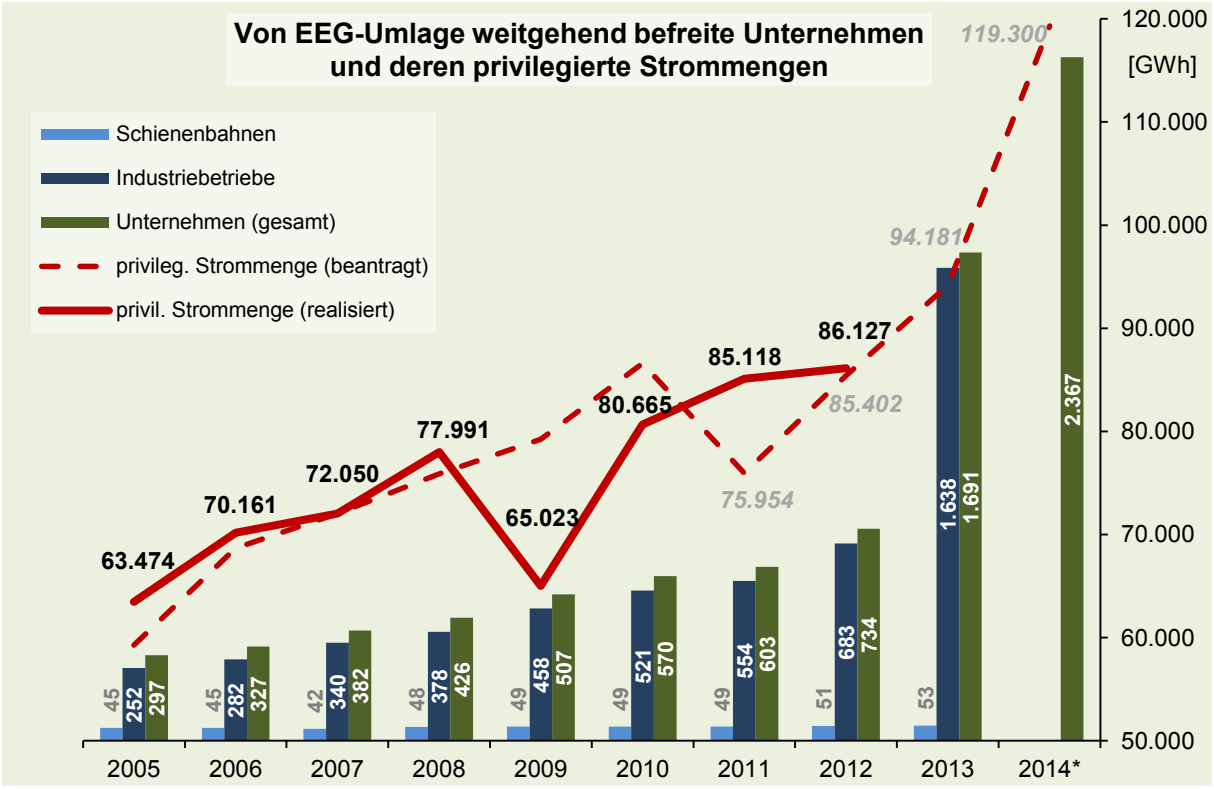
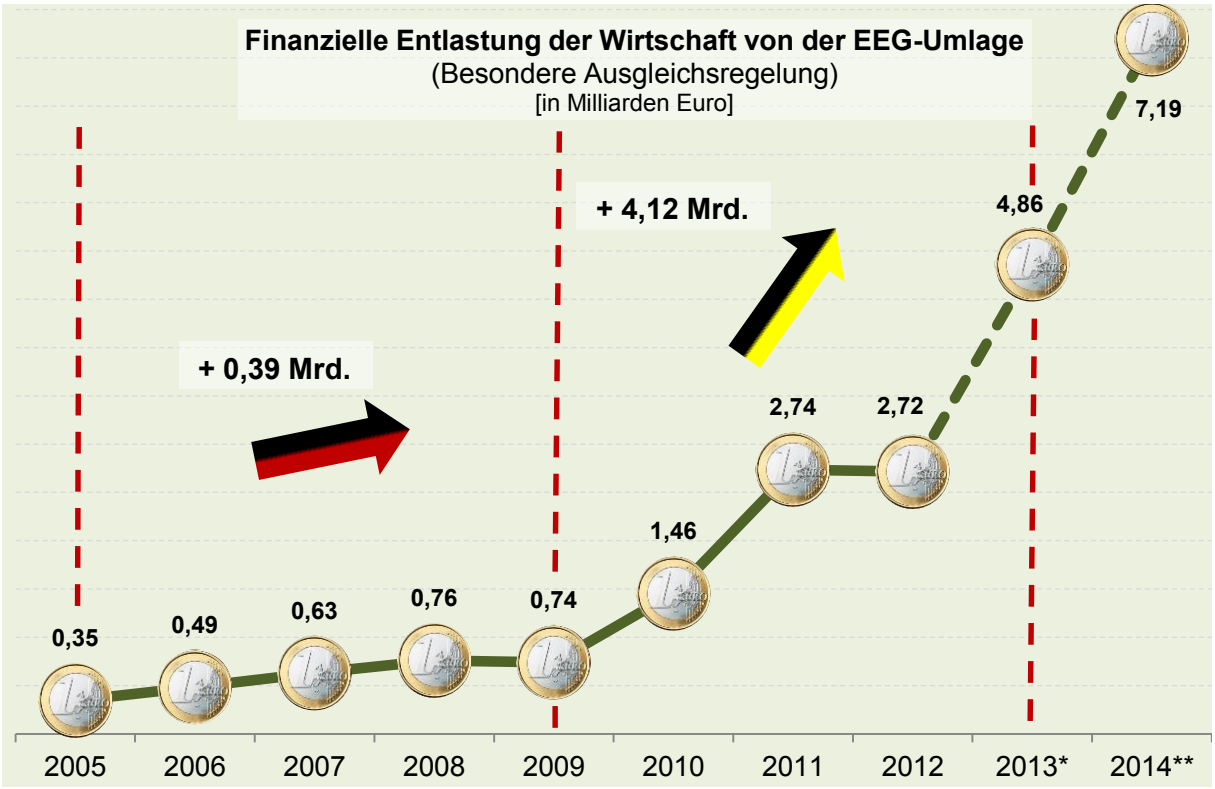


Abbildung 25: Immer größere Strommengen werden von der EEG-Umlage entlastet; Daten: ÜNB, BMU, BAFA, Grafik:: DUH.

[37] Anmerkung: Diese Summe muss unter den genannten Voraussetzungen 2014 von allen nicht-privilegierten Stromkunden bezahlt werden. Gäbe es – rein theoretisch, niemand fordert das ernsthaft – gar keine Ausnahmen von der EEG-Umlage, würde diese erheblich sinken. Durch eine „Gleichverteilung" würden deshalb die privilegierten Unternehmen mit deutlich weniger als 7 Milliarden Euro belastet und die derzeit nicht-privilegierten Stromverbraucher ebenso um weniger als 7 Milliarden Euro entlastet.



*) Prognose auf Basis genehmigter Strommengen
**) Prognose auf Basis beantragter Strommengen

Abbildung 26: Belastung der nicht-privilegierten Stromverbraucher infolge der Entlastung der Wirtschaft von der EEG-Umlage (Besondere Ausgleichsregelung) in Milliarden Euro; Daten: BMU/BMWi, BAFA, eigene Berechnungen; Grafik: DUH.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: jede Milliarde Entlastung der Industrie müssen private Stromverbraucher und die nicht-privilegierten Unternehmen zusätzlich aufbringen. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2012 bemerkte, dass sich angesichts der immer ungerechteren Lastenverteilung bei den EEG-Umlagekosten die öffentliche Stimmung nicht mehr gegen die Erneuerbaren Energien richtete, sondern zunehmend gegen die eigene Regierung, kündigte sie eine Überprüfung der Industrieprivilegien an. Man müsse sich „nochmal anschauen, ob es eigentlich richtig war, dass wir so viele Unternehmen rausgenommen haben" sagte Merkel.[38] Aktuell würden mehr Unternehmen privilegiert als überhaupt im internationalen Wettbewerb stehen. Die Einsicht der Kanzlerin kam spät aber Monate bevor Peter Altmaier (CDU) den Gedanken als einen Punkt in seine „Strompreisbremse“ einbaute – neben Forderungen wie die nachträgliche Kürzung von EEG-Vergütungen, die Opposition und Ländermehrheit zu Recht ablehnten. Zwischen Oktober 2012 und Frühjahr 2013 war so aus einer von der Bundeskanzlerin angekündigten Begrenzung der Industrieprivilegien *ohne* Gegenleistung eine mit unerfüllbaren Forderungen verknüpfte Ankündigung ihres Umweltministers Peter Altmaier geworden. Geschehen ist deshalb bis heute nichts. Im Gegenteil, wenn das so bleibt, steht das dicke Ende im kommenden Jahr 2014 bevor.

[38] Merkel, A.: „Rede beim Deutschen Arbeitgebertag“ (16.10.2012); *http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2012/10/2012-10-16-kanzlerin-auf-arbeitgebertag.html;jsessionid=14B9CDC4F2750D8067D86356555%20D7568.s2t1?nn=74388*

3.1.6. Preisverfall an der Strombörse

In den oben zusammengestellten Strompreisentlastungen ist die Börsenpreisentwicklung der letzten Jahre, von der insbesondere die energieintensive Industrie profitiert, noch nicht berücksichtigt. Da die Vergünstigungen oftmals in sehr großem Umfang gewährt werden, bleibt in diesen Unternehmen der Börsenstrompreis als der letzte verbleibende und damit relevante Preisindikator übrig. Der Börsenstrompreis wiederum sinkt infolge der seit Jahren niedrigen CO_2-Zertifikatepreise, wegen der neuerdings wieder sinkenden Steinkohlepreise am Weltmarkt, vor allem aber auch wegen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Der resultierende Merit-Order-Effekt reduzierte den durchschnittlichen Börsenstrompreis im Jahr 2010 um rund 5,30 Euro/MWh.[39] Bis 2012 stieg der preissenkende Effekt der Erneuerbaren nach Berechnungen des Öko-Instituts weiter auf schließlich etwa 10 Euro/MWh.[40] Sinkende Preise am Spotmarkt der Strombörse (EEX) können bereits seit fünf Jahren beobachtet werden. Seit 2008 sank der Preis für Grundlast- (Baseload-)Lieferungen um insgesamt mehr als 40 Prozent (*Abbildung 27*). Während 2008 der Spotmarktpreis für Baseload-Lieferungen im Mittel noch bei 65,76 EUR pro Megawattstunde lag, sank dieser im Jahresmittel 2012 auf 42,60 €/MWh. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres fiel der Durchschnittspreis für Baseload weiter auf nur noch 37,26 €/MWh.

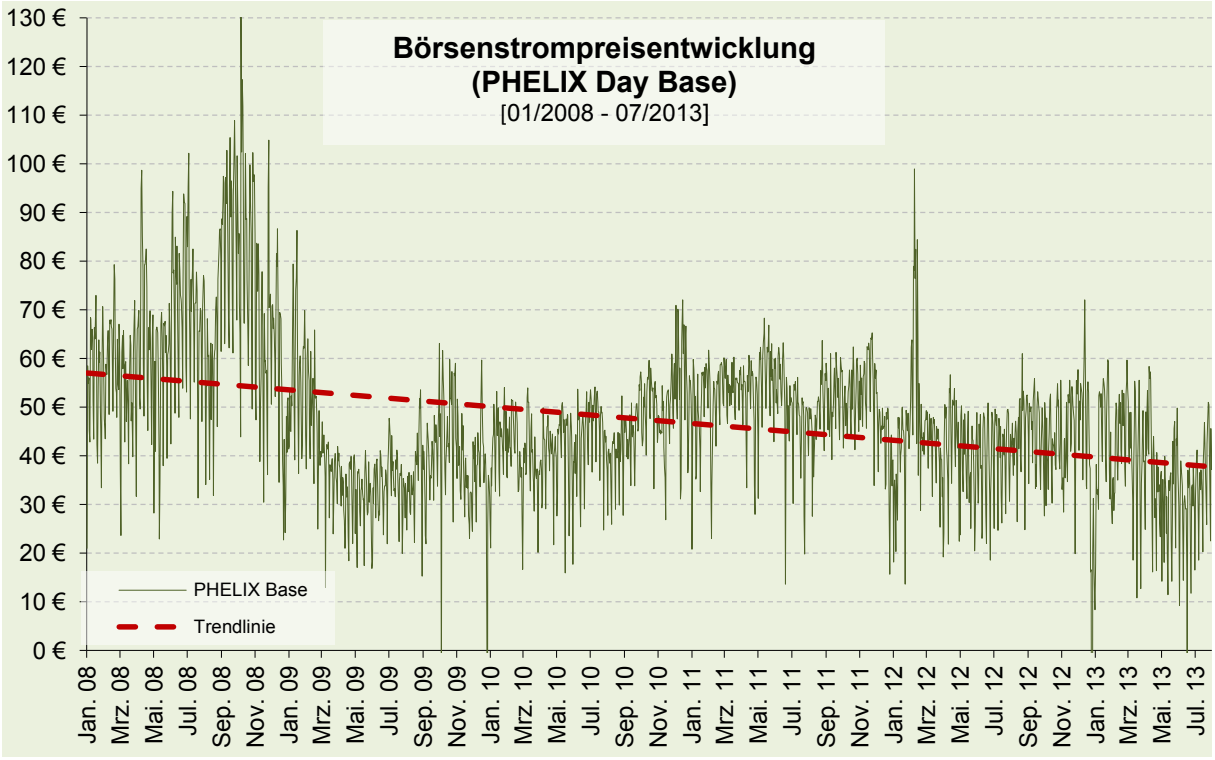


Abbildung 27: Der Börsenstrompreis am Spotmarkt ist seit 2008 um mehr als 40 Prozent gesunken: PHELIX Base-Durchschnittspreis 2008: 65,76 €, 1. HJ 2013: 37,26 €; Daten: EEX, Grafik: DUH.

Aber nicht nur der Spotmarkt, auch die Preisentwicklung auf den Terminmärkten der Strombörse EEX zeigt den Einfluss der weiter wachsenden Einspeisung von erneuerbarem Strom

[39] Sensfuß, F.: „Analysen zum Merit-Order Effekt erneuerbarer Energien“, S. 8 (2011); *http://www.erneuerbare-energien.de/fileadmin/ee-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gutachten_merit_order_2010_bf.pdf*

[40] Matthes, F.: „Aktuelle Stromkosten für die energieintensiven Industrien in Deutschland“, S. 6 (2013); *http://www.oeko.de/oekodoc/1796/2013-477-de.pdf*

und führt für die nächsten Jahre zu weiter deutlich fallenden Großhandelspreisen (*Abbildung 28*).

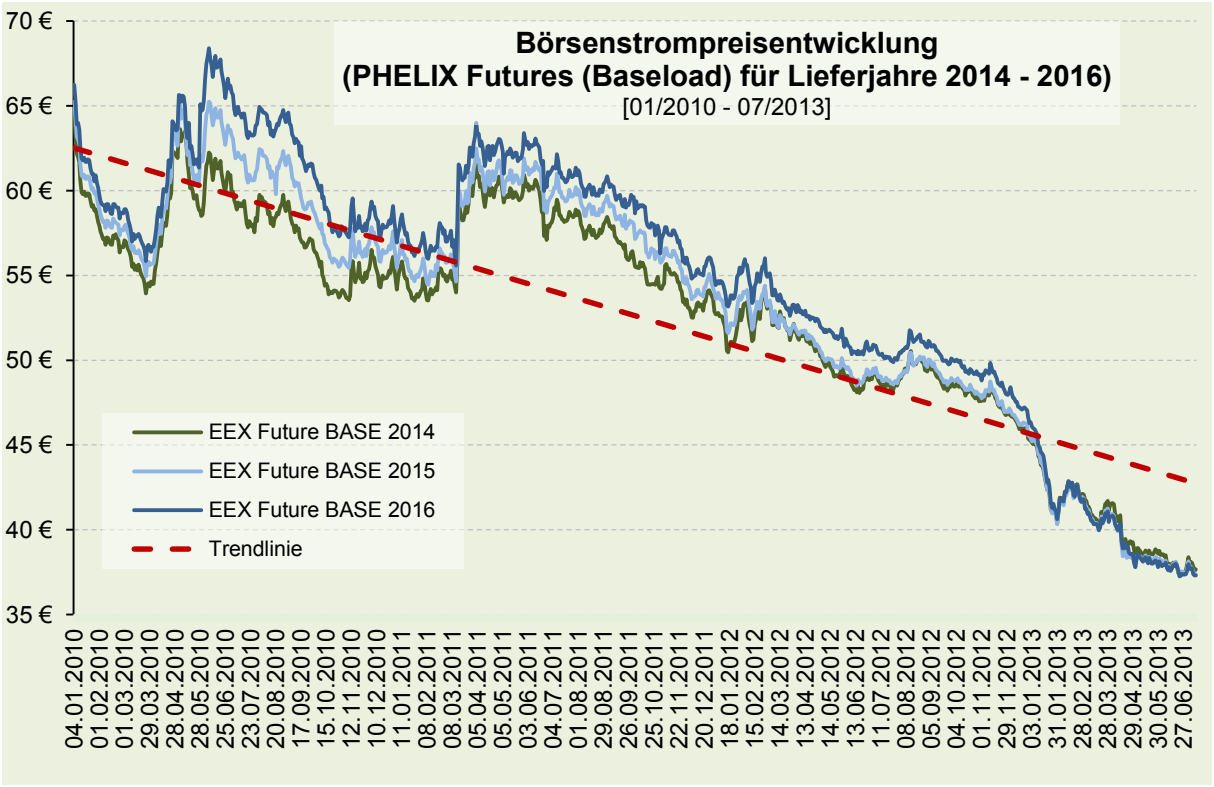


Abbildung 28: An den Terminmärkten ist der Börsenpreis für Strom in den letzten zweieinhalb Jahren um ein Drittel gesunken; Daten: EEX, Grafik: DUH.

Große Stromverbraucher – und dazu gehört praktisch die gesamte energieintensive Industrie (Chemie, Eisen & Stahl, Nichteisen-Metalle etc.) – orientieren ihren Strombezug an den Referenzpreisen der Strombörse. Sie können ihren Strombezug über Lieferung auf Termin aber auch im täglichen oder untertägigen Spothandel organisieren. Bei Terminlieferungen zahlen die Unternehmen leicht höhere Preise als am Spotmarkt, dämpfen aber die Volatilitätsrisiken der Spotmärkte. In der Realität strukturieren bzw. optimieren Großverbraucher ihren Strombezug durch ein Portfolio aus unterschiedlichen Termin- und Spotmarktprodukten.[41]

Zwischenfazit: Die energieintensive Industrie profitiert einerseits von der Energiewende und ist gleichzeitig von ihren Kosten weitgehend freigestellt

Alles in allem ist das verstörende Ergebnis der Analyse, dass gerade diejenigen Unternehmen, deren Spitzenmanager, Verbändevertreter und Lobbyisten beinahe täglich die angeblich negativen Folgen der Energiewende für die eigene Wettbewerbsfähigkeit und die des Standorts Deutschland beschwören, in Wahrheit von der bisherigen Entwicklung erhebliche Vorteile haben. Insbesondere stromintensive Industriezweige profitieren vom preissenkenden Effekt der Erneuerbaren Energien an der Börse. Gleichzeitig sind sie wegen des von der schwarz-gelben Bundesregierung geschaffenen allumfassenden Privilegiensystems an deren Kosten praktisch nicht beteiligt. Diese Tatsache findet jedoch in der öffentlichen Berichterstattung kaum Widerhall.

[41] Matthes, F.: „Aktuelle Stromkosten für die energieintensiven Industrien in Deutschland“, S. 3 (2013); *http://www.oeko.de/oekodoc/1796/2013-477-de.pdf*

3.1.7. Wirklich betroffen – Mittelständische stromintensive Unternehmen

Im Ergebnis der bisherigen Analyse gibt es in Deutschland eine große Mehrheit von Industrieunternehmen, in denen die Stromrechnung nicht über den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Diese Betriebe sind nicht energieintensiv und deshalb von Änderungen der Strompreise kaum betroffen. Es gibt eine andere Gruppe meist großer, energieintensiver Unternehmen, die auf vielfältige Weise von Privilegien und Kompensationen profitieren. Ihre Stromkosten sinken seit Jahren. Sie gewinnen – ganz entgegen den öffentlichen Behauptungen insbesondere von Verbandfunktionären und Politikern der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP – gegenüber ausländischen Konkurrenten an Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt jedoch auch eine Gruppe von Unternehmen, die sich sozusagen „zwischen Baum und Borke“ bewegen: Sie sind relativ stromintensiv aber zu klein, um von den staatlichen Entlastungen profitieren zu können.

Aus ihren Reihen kommen auch jene drei Textilunternehmen, die unterstützt vom Gesamtverband Textil + Mode, den Weg durch alle Gerichtsinstanzen gehen wollen, mit dem Ziel am Ende vom Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der EEG-Umlage feststellen zu lassen. Bisher wurden die entsprechenden Klagen von den Untergerichten abgewiesen. Die Klagen sind selbst innerhalb der Textilbranche nicht unumstritten. Der Chef des Textilunternehmens Trigema, Wolfgang Grupp, erklärte zum Thema, ein Unternehmen dürfe „nicht so geführt werden, dass durch Mehrkosten aufgrund der EEG-Umlage Arbeitnehmer entlassen werden müssen.“ Ein Unternehmer, der wegen des Strompreises Arbeitsplätze gefährde, müsse etwas falsch gemacht haben.

Unbestritten ist aber auch, dass die Energiewende für die privaten und gewerblichen Stromverbraucher, die die volle EEG-Umlage bezahlen müssen, weiter teurer wird, solange sich immer größere Teile der Industrie aus der solidarischen Finanzierung der Energiewende verabschieden dürfen und es zu milliardenschweren Umschichtungen bei der „nationalen Stromrechnung“ kommt. Aktuell ernsthaft betroffen ist ein vergleichsweise kleines Unternehmens- und Unternehmersegment, für das es auch jenseits des dringend notwendigen Abbaus des beschriebenen Privilegiendschungels Lösungen im Einzelfall geben muss. Voraussetzung muss allerdings auch hier der Nachweis eigener Anstrengungen für einen effizienten und sparsamen Energieeinsatz sein.

3.2. Die Energiekosten zu Hause

Immer mehr große Stromverbraucher mindern ihre Stromrechnung auf Kosten aller anderen Elektrizitätskunden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diesen Skandal, der das Potenzial hat, die große Zustimmung zur Energiewende zu erodieren, mutwillig herbeigeführt. Die Lasten der Energiewende werden durch immer opulentere Privilegien für Teile der Industrie immer ungerechter verteilt. Ergebnis: Die privaten Haushalte tragen gemeinsam mit den nichtprivilegierten Gewerbetreibenden die Hauptlast. Mehrheitlich ertragen die privaten Stromkunden die Verdoppelung der Elektrizitätspreise seit der Jahrtausendwende wie schon erwähnt mit erstaunlicher Gelassenheit. Vielen ist das die Energiewende ausdrücklich wert.
Die Menschen rebellieren aber auch nicht, weil sie klarer als viele Medien erkennen, dass Strom nicht das einzige und auch nicht das größte Energiekostenproblem ist, mit dem sie konfrontiert sind. Ob Heizöl, Fernwärme, Erdgas oder Kraftstoffe, die Preiskurven zeigen alle steil nach oben. Energie wird insgesamt teurer. Das hat auch, aber keineswegs nur mit der Energiewende zu tun (*Abbildung 29*).

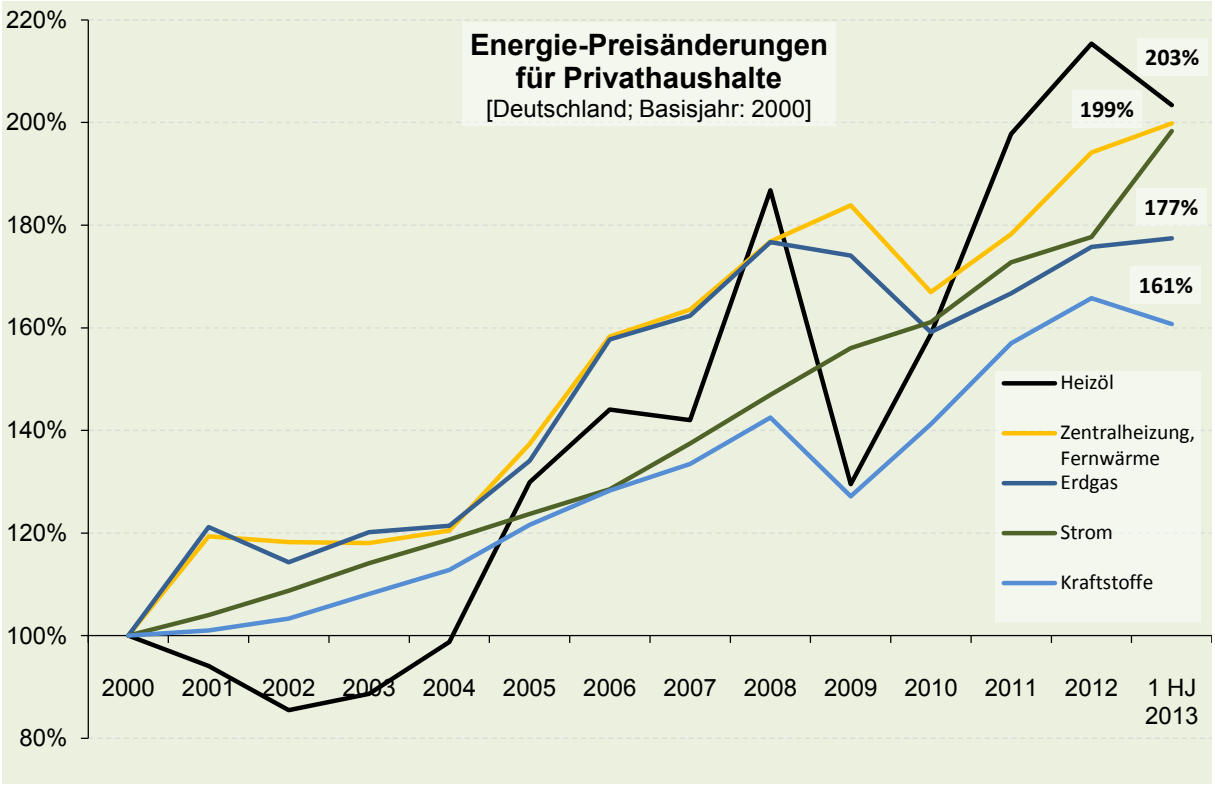


Abbildung 29: Alles in eine Richtung: Die Energiekosten steigen seit der Jahrtausendwende, nicht nur die Kosten für Strom; Daten: Destatis; Grafik: DUH.

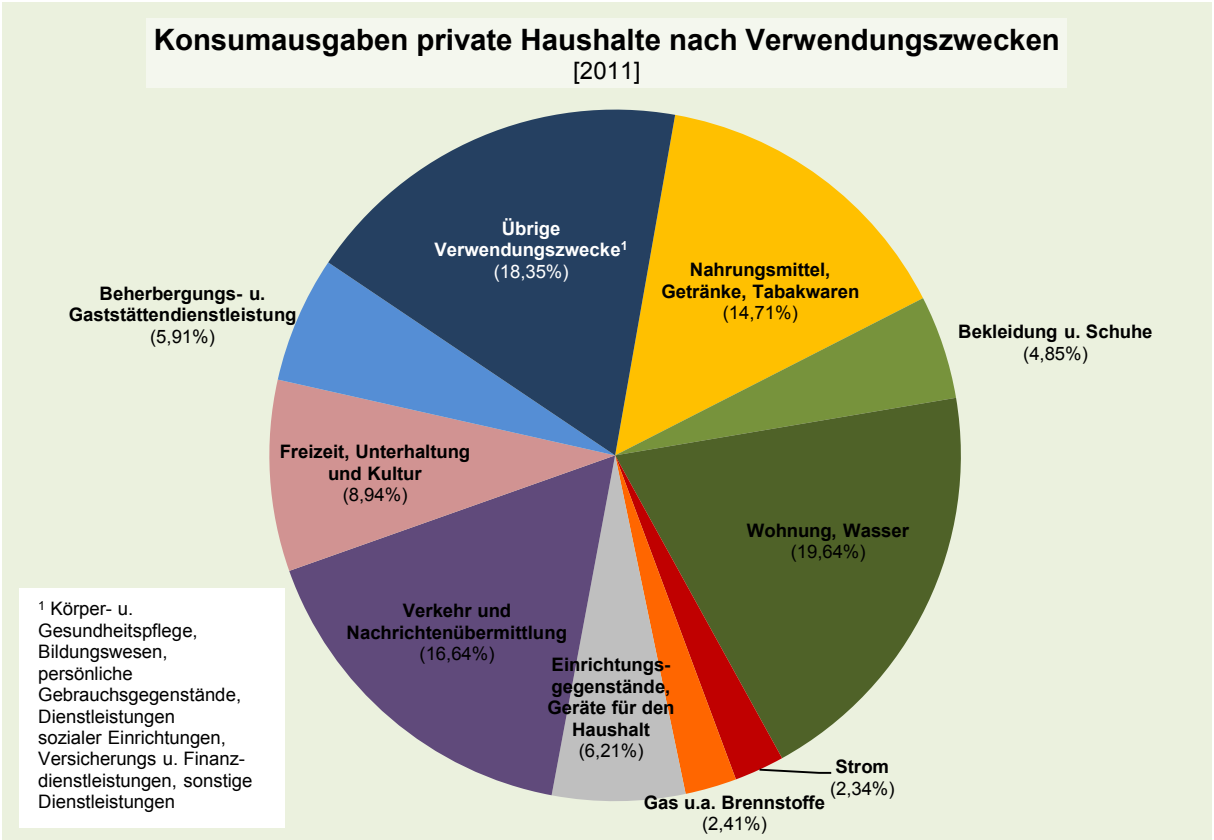


Abbildung 30 An den Konsumausgaben der Privathaushalte hatte der Strom im Jahr 2012 einen Anteil von 2,34 Prozent. Daten: Destatis; Berechnungen: DIW; Grafik: DUH.

Der starke Anstieg der EEG-Umlage im Jahr 2013 führte dazu, dass sich die Ausgaben für Strom an den Konsumausgaben privater Haushalte von durchschnittlich knapp 2,4 Prozent im vergangenen Jahr auf knapp 2,5 Prozent im laufenden Jahr erhöhen werden (*Abbildung 30)* Davon entfallen auf die EEG-Umlage 0,5 Prozentpunkte.[42] Dieser Sachverhalt rechtfertigt erkennbar nicht den schrillen Tonfall der andauernden Preisdebatte. Allerdings erhöht sich der Stromkostenanteil an den Konsumausgaben im Segment der einkommensschwachen Haushalte deutlicher und erreicht in den niedrigsten Einkommensgruppen in diesem Jahr voraussichtlich den doppelten Wert (4,5 Prozent).

Dennoch ist der Anstieg der Stromkosten oder der EEG-Umlage nicht das Hauptproblem bei den privaten Aufwendungen für Energie. Die Kosten für Mobilität (Benzin) und Raumwärme (Heizöl) stellen absolut die größeren Posten dar (*Abbildung 31*).

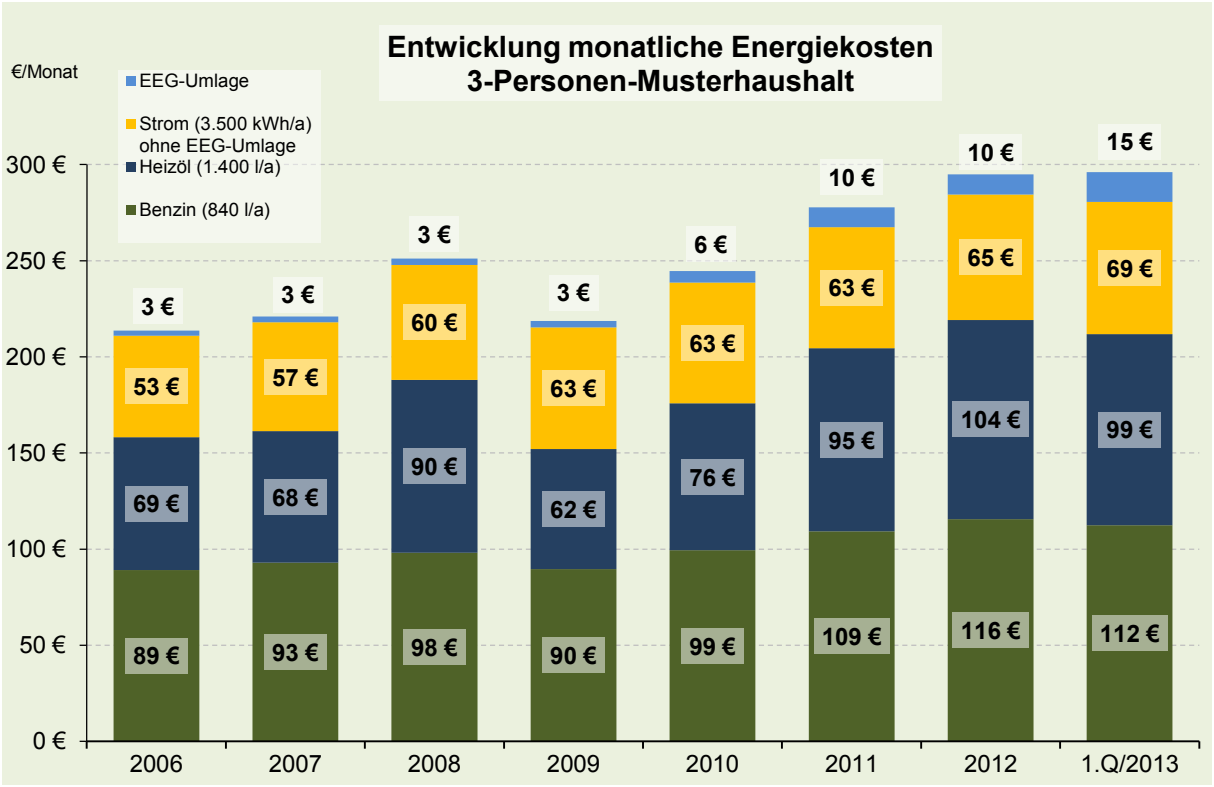


Abbildung 31: Die Energiekosten privater Haushalte sind in den letzten Jahren auch ohne Einrechnung der EEG-Umlage deutlich gestiegen. Selbst im Rekordjahr 2013 spielt die Umlage bei der Energiekostenbelastung eines deutschen Durchschnittshaushalts eine untergeordnete Rolle; Daten: BMWi; Grafik: DUH.

Auch für die jüngst im Spiegel erneut erhobene Behauptung,[43] die Energiewende sei verantwortlich für eine grassierende „Stromarmut" in Deutschland gibt es keinen einzigen tragfähigen Beleg. Auch der Spiegel bleibt ihn schuldig. Es ist nicht einmal sicher, dass die Zahl der Stromabschaltungen wegen Zahlungsrückständen privater Haushalte in jüngster Zeit überhaupt zugenommen hat. Im Frühjahr 2012 hatte eine Hochrechnung der Verbraucherzentrale NRW für Schlagzeilen gesorgt, wonach im vergangenen Jahr 600.000 Haushalten der Strom zwangsweise wegen Zahlungsrückständen abgedreht worden sei. Dies ist ein beschämendes Problem, allerdings ein Problem der Armut in Deutschland und vor allem kein neues Phänomen.

[42] Neuhoff, K./Bach, S./Diekmann, J./Beznoska, M./El-Laboudy, T.: „Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden", DIW Wochenbericht Nr. 41/2012; *http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.409389.de/12-41.pdf*
[43] Der Spiegel, Nr. 36/2013.

Aus einer Veröffentlichung in der Fachzeitschrift „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ aus dem Jahr 2006 lässt sich ebenfalls auf Basis von Hochrechnungen eine Zahl von 800.000 Zwangsabschaltungen pro Jahr in der damaligen Zeit ermitteln. Die EEG-Umlage betrug damals übrigens 0,88 Ct/kWh.[44] Der Spiegel nennt aktuell „mehr als 300.000“ Abschaltungen jährlich – das wäre ein erheblicher Rückgang, der sich möglicherweise daraus erklärt, dass die Stromversorger nicht als herzlose Abzocker dastehen wollen und mit Zwangsabschaltungen sensibler umgehen als früher.
Dennoch bleibt es natürlich Aufgabe der Politik, die Chancen und die Lasten der Energiewende möglichst gerecht zu verteilen, wenn sie die Zustimmung der Bevölkerung erhalten will.

3.3. Die EEG-Umlage – kein Maß für den Preis der Energiewende

Mehr als 20 Milliarden Euro kostet in diesem Jahr den Stromkunden die EEG-Umlage. Über die Kosten der Energiewende sagt das indes wenig aus. Denn die Höhe der EEG-Umlage zur Kompensation der Deckungslücke zwischen den Vergütungen für erneuerbaren Strom und den Erlösen für diesen Strom an der Strombörse ergibt sich aus einer ganzen Reihe von Faktoren, die zum Teil dem gewollten Zubau von Erneuerbare Energien Anlagen zugeordnet werden können, zum Teil aber auch nicht. So ergibt ein hoher CO_2-Preis im europäischen Emissionshandel auch eine Erhöhung des Börsenstrompreises und damit eine entsprechende Senkung der EEG-Umlage. Allerdings liegt der CO_2-Preis schon seit Jahren bei nur wenigen Euro pro Tonne CO_2, unter anderem, weil Deutschland, namentlich Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) entgegen dem Rat zahlreicher Fachleute eine Verschärfung des EU-Emissionshandelsregimes strikt ablehnt.

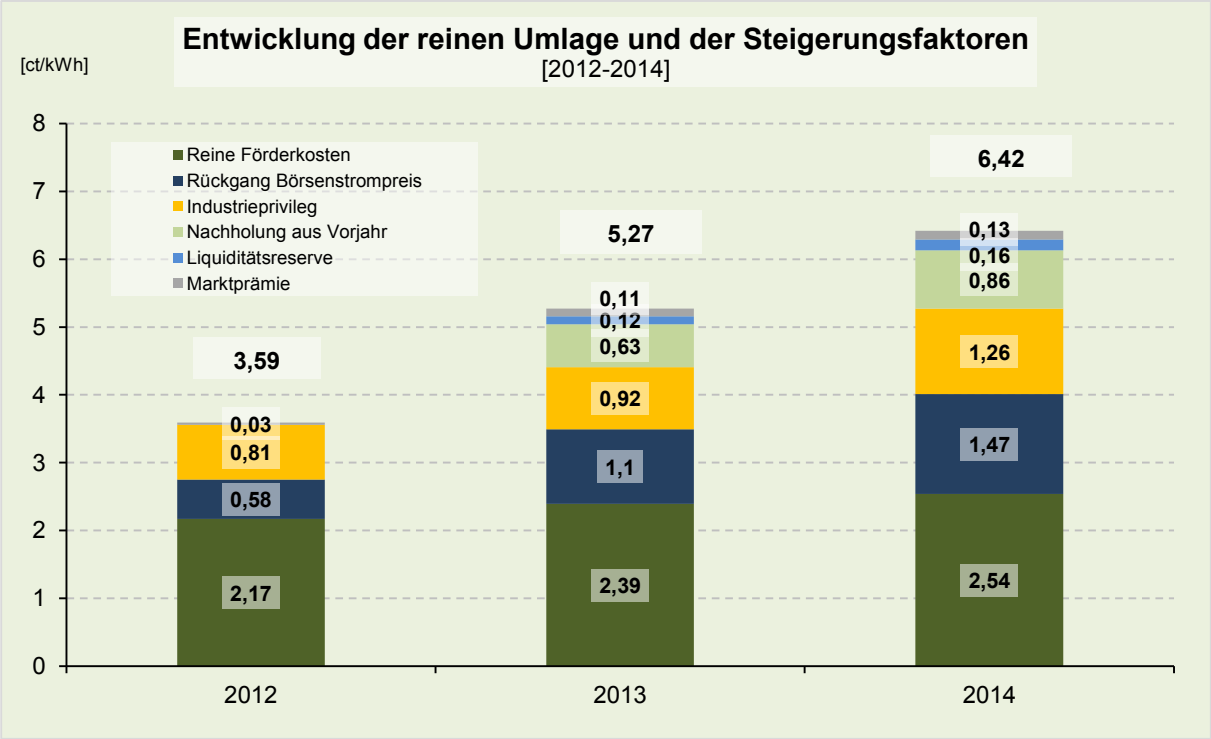


Abbildung 32: Die reinen Förderkosten für Erneuerbare-Energien-Anlagen machen an der prognostizierten EEG-Umlage 2014 insgesamt einen Betrag von 2,54 Cent pro Kilowattstunde Strom aus. Damit erhöht sich dieser Bestandteil gegenüber 2013 lediglich um knapp 0,15 Cent/kWh; Daten: BEE; Grafik: DUH.

[44] Steffani, A./Lehrbach, D.: „Forderungsmanagement als Herausforderung der Stadtwerke“, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Vol. 56 (2006), Nr. 8, S. 14ff.

Die hohen Umlage-Zahlungen haben sich zu Zeiten angesammelt, als sich zunächst die Windenergie und dann die Photovoltaik noch weit oben auf ihren jeweiligen Kosten-Lernkurven bewegten, entsprechend hoch vergütet wurden und gleichzeitig einen Boom erlebten. Von dem hohen Kostensockel kommen wir erst herunter, wenn immer mehr Windkraft-, Bioenergie- und Solaranlagen nach 20 Jahren nicht mehr vergütet und durch neue, kostengünstigere ersetzt werden. Gleichzeitig ist schon seit einigen Jahren zu beobachten, dass der Anteil der reinen Förderkosten, die sich aus dem Zubau neuer EE-Anklagen ergeben, stetig abnimmt, weil die Vergütungen zwischenzeitlich massiv abgeschmolzen wurden. Nach einer Berechnung des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE)[45], werden, wenn die EEG-Umlage im Jahr 2014 noch einmal von 5,27 Ct/kWh auf 6,24 Ct/kWh steigt, nur noch 0,15 Ct/kWh (oder 13%) des Anstiegs auf die reinen Förderkosten zurückzuführen sein. Die Hauptbelastung der Umlage-Erhöhung von 0,85 Ct/kWh geht mit je fast einem Drittel auf die ausufernde Privilegierung von Industriestrom und den Rückgang des Börsenstrompreises zurück, ein Fünftel entfällt auf eine Nachholungszahlung aus dem Jahr 2012. Damit setzt sich ein Trend fort, der schon vor Jahren eingesetzt hat (*Abbildung 32*). Die Kosten für die reine Förderung stiegen von 2012 (2,17 von 3,59 Ct/kWh) über 2013 (2,39 von 5,27 Ct/kWh) nur noch auf – geschätzt – 2014 (2,54 von 6,42 Ct/kWh) an. Fest steht, dass die EEG-Umlage somit immer weniger ein Indikator für die Kosten der Energiewende oder des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist. Sie wird aber in der Öffentlichkeit und von Gegnern der Energiewende fälschlicherweise als *der* Indikator für ihre ausufernden Kosten interpretiert.

Zum Beispiel vom FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler, der es als Bundeswirtschaftsminister besser wissen müsste und sicher besser weiß. Rösler noch Mitte August 2013 in einem Interview mit der Neuen Westfälischen Zeitung: „Dieses Gesetz (*das EEG, DUH*) ist der größte Kostentreiber. Den unkontrollierten Zubau der erneuerbaren Energien muss der Verbraucher bezahlen. Wir können mit der jetzigen Förderung nicht weitermachen."[46] Ganz ähnlich begründet der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) in seinem Hausblatt Bayernkurier sein Plädoyer für eine EEG-Reform: „Da haben wir dringenden Handlungsbedarf, damit die Energiepreise nicht sprunghaft ansteigen."[47] In Wirklichkeit wird in den kommenden Jahren selbst ein dynamischer Ausbau von Onshore-Wind und Solarenergie nicht mehr viel beitragen zur Erhöhung der EEG-Umlage. Die steigt von ganz allein, wenn es mit dem Börsenpreis weiter abwärtsgeht, zum Beispiel, weil der EU-CO_2-Handel u.a. wegen der Blockade der Bundesregierung weiter unwirksam bleibt oder die Zahl der von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen infolge der Ausweitung der antragsberechtigten Unternehmen durch die Bundesregierung weiter steigt.

[45] BEE: „Hintergrundpapier zur EEG-Umlage 2014" (3.9.2013);
http://www.bee-ev.de/3:1491/Meldungen/2013/EEG-Umlage-2014-nur-geringer-Aufschlag-fuer-Eeuerbare-Energien.html
Zu einem sehr ähnlichen Ergebnis bzgl. des Anteils der reinen Förderkosten kommt auch Energy Brainpool in der Kurzstudie „Warum steigt die EEG-Umlage in 2014?" für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (21.8.2013), wobei hier von einer EEG-Umlage von 6,1 Ct/kWh ausgegangen wird;
https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/Studie-brainpool-Anstieg_der_EEG-Umlage_2014.pdf
[46] Neue Westfälsche Zeitung: Interview mit Philipp Rösler (16.8.2013);
http://www.liberale.de/content/roesler-interview-fuer-die-neue-westfaelische-0
[47] Bayernkurier: „Bayern vor dem EEG-Gau?" (31.8.2013);
http://www.bayernkurier.de/zeitung/artikel/ansicht/10164-bayern-vor-dem-eeg-gauy.html

4. Vergiftete Alternativen – Warum das schwedische Vorbild keins ist

Ein besseres System, das in vergleichbarer Geschwindigkeit und zu günstigeren Kosten die Energiewende eingeleitet hätte als in Deutschland, gibt es nirgends auf der Welt. Auch nicht in Schweden, das kürzlich wegen seiner Förderung auf Basis eines Quotenmodells von der Monopol-Kommission der Bundesregierung als positives Beispiel hervorgehoben wurde, weil dort die Strompreise nicht gestiegen sind wie hierzulande.[48] Schweden ist mit seinen nicht einmal 10 Millionen Einwohnern, mit einem Wasserkraftanteil an der Stromerzeugung von 40 Prozent, mit vielen guten Windstandorten entlang langer Küsten und reichlich Biomasse zum Verfeuern nicht im Mindesten vergleichbar mit deutschen Verhältnissen. Trotz bester natürlicher Bedingungen sollen dort bis 2020 nur 25 Terawattstunden (TWh) Strom nach dem Quotenmodell gefördert werden.[49] Deutschland baut jedes Jahr ein Vielfaches an Erneuerbare-Energien-Anlagen hinzu wie Schweden und muss es auch, weil sich unser Land zum Ziel gesetzt hat, rund 90 Prozent seines Stroms aus den fluktuierenden Erneuerbaren Wind und Sonne zu produzieren, während Schweden neben der Wasserkraft auch noch 38 % seines Stroms in Atomkraftwerken erzeugt. Deutschland wird deshalb auf alle verfügbaren Erneuerbaren Technologien zurückgreifen, um zum Ziel zu kommen. Eine Zahl verdeutlicht den Unterschied: Deutschland könnte – natürlich nur theoretisch – bereits im kommenden Jahr fast den gesamt Strombedarf Schwedens (157,4 TWh im Jahr 2011) aus Erneuerbaren Energien decken.

Das Quotensystem grenzt grundsätzlich das einsetzbare Technologiespektrum ein, weil nur die gerade günstigsten Technologien zum Einsatz kommen. Und es würde in Deutschland extrem teuer. Denn es würden gewaltige Mitnahmeeffekte generiert, weil Onshore-Windkraft die derzeit vorrangige Technik wäre, aber die windgünstigsten Küstenregionen niemals das ganze Land mit Strom versorgen könnten. Teure Binnenlandstandorte kämen sukzessive hinzu und würden den Preis für alle Anlagen setzen, was wiederum die Kosten treiben würde. Außerdem würden Lernkurven anderer Technologien, insbesondere der Photovoltaik, aber auch von Offshore Wind gar nicht erst durchlaufen. Letztlich würde ein Quotenmodell in Deutschland als Innovationskiller wirken und außerdem die Stromproduktion wieder bei den großen Unternehmen konzentrieren, die ihn schon vor dem Start der Energiewende fast allein erzeugten. Generell wirken Quotenmodelle preistreibend, weil die Investitions- und Planungssicherheit gegenüber Festpreisregelungen wie dem EEG sinkt und die Betreiber höhere Risikozuschläge bei den Finanzierern zahlen müssen, die am Ende bei den Stromverbrauchern landen.

Die Monopolkommission und deren Vorsitzender bis 2012, Justus Haucap, favorisieren seit vielen Jahren ihr Quotenmodell und tun dies zunehmend einsam. Unter den Parteien verfolgt einzig die FDP ein ähnliches Konzept. Insofern ist interessant, dass das aktuelle Sondergutachten zwei Wochen vor der Wahl präsentiert wurde. Doch selbst der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), traditionell der Lobbyverband der alten Energiewirt-

[48] Monopolkommission: „Energie 2013: Wettbewerb in Zeiten der Energiewende, Sondergutachten 65 (September 2013);
http://www.monopolkommission.de/sg_65/s65_volltext.pdf
[49] Swedish Energy Agency (SEA): “The electricity certificate system 2012” (2012);
http://webbshop.cm.se/System/TemplateView.aspx?p=Energimyndigheten&view=default&id=806d7f0a547f45f9b499f6749fcc14fa

schaft winkt ab. „Wie zu erwarten“, habe sich die Monopolkommission erneut für die Einführung eines Quotensystems ausgesprochen, doch dieses sei „nicht zielführend“, insbesondere, weil durch einen solchen grundlegenden Systemwechsel eine Doppelstruktur (neben den Bestandsregelungen des EEG) entstehen würde, womit bestehende Problem nicht gelöst werden könnten.[50]

5. Energieeffizienz – Die blockierte Option

Soll die Energiewende erfolgreich sein, muss Energieeffizienz zu einem Funktionsprinzip der postfossilen Gesellschaft werden. Dazu muss eine Kombination aus wirtschaftlichen und ordnungsrechtlichen Rahmensetzungen in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität die anhaltende Energieverschwendung zurückdrängen. Stattdessen ist seit den Beschlüssen über die Energiewende praktisch nichts geschehen. Bei der zur Einhaltung der nationalen Klimaschutzziele dringend benötigten steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung zettelten Bund und Länder einen kleinlichen Zank um die Finanzierung an, mit dem Ergebnis, dass die Sanierungsraten im Gebäudebereich historische Tiefststände erreichten. Die entsprechende Regelung, die ursprünglich mit den anderen Energiewendebeschlüssen gemeinsam im Sommer 2011 verabschiedet werden sollte, ist endgültig gescheitert.

Ein weiteres Trauerspiel führte die Bundesregierung bei der Novellierung des Energieeinspargesetzes und der zugehörigen Verordnung (EnEV) auf. Der Wohnungsbestand, wo riesige Effizienzgewinne gehoben werden können, wurde gar nicht erst in den Blick genommen. Bis zu 35 Jahre alte Heizkessel wärmen weiter die Heizungskeller statt der zugehörigen Wohnungen und zu guter Letzt verhinderte die Bundesregierung nach einer Intervention des Energiekonzerns RWE, dass Millionen ineffiziente Nachtspeicherheizungen, von denen viele Asbest enthalten, entgegen einem früheren Beschluss der Großen Koalition in den Wohnungen bleiben. Das in ihrem Energiekonzept von 2010 verkündete Ziel der Bundesregierung, bis 2050 einen „nahezu klimaneutralen Gebäudebestand“ zu erreichen, rückt in immer weitere Ferne. Der Gebäudesektor trägt aber rund 40 Prozent zum nationalen Energieverbrauch und etwa ein Drittel zu den Emissionen des Treibhausgases CO_2 in Deutschland bei. 78 Prozent der Heizungsanlagen erreichen nicht den aktuellen Stand der Technik und heizen das Klima unnötig auf.

Bei der Fortführung des so genannten Spitzenausgleichs zur Entlastung von Unternehmen von der Ökosteuer, die Operation kostet den Steuerzahler mehr als 20 Milliarden Euro in zehn Jahren, verzichtete die Bundesregierung auf ernsthafte Gegenleistungen von fast 20.000 begünstigten Unternehmen auf dem Gebiet der Energieeffizienz. Die EU-Effizienzrichtlinie blockierte die Bundesregierung erst lange, weil sich Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) nicht einig waren, verwässerte sie dann, um schließlich den Versuch zu unternehmen, sich längst bestehende Regelungen wie Lkw-Maut, Stromsteuer oder EEG-Erfolge auf die nationalen Energie-Einsparziele anrechnen zu lassen. Im Ergebnis verfolgt Wirtschaftsminister Rösler (FDP) keine Effizienz-Politik, sondern ein Anti-Modernisierungsprogramm für die deutsche Volkswirtschaft.

Schließlich sorgte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) persönlich für ein Novum auf EU-Ebene, als sie im Frühsommer 2013 in einem Sondereinsatz für die deutsche Automobilindustrie gegen einen bereits im so genannten „Trilog“ zwischen EU-Kommission, EU-Mitgliedstaaten und

[50] BDEW: „Kunden nutzen Vielfalt des Energiemarkts“ (Kommentar zum Sondergutachten der Monopolkommission, 5.9.2013);
http://www.bdew.de/internet.nsf/id/20130905-pi-kunden-nutzen-vielfalt-des-energiemarkts-de

EU-Parlament ausgehandelten Kompromiss zu geplanten Effizienzgrenzwerten von Pkw persönlich intervenierte. Der Vorgang war beispiellos und wurde von vielen Mitgliedstaaten auch so wahrgenommen. Auf dem Gebiet der Energieeffizienz ist das Land der Energiewende seitdem endgültig diskreditiert.

6. Die wahren Problem der Energiewende – und die Ansätze zu ihrer Bewältigung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung und insbesondere Kanzlerin Angela Merkel haben unter dem Eindruck der Fukushima-Katastrophe schnell gehandelt, die geplante Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke zurückgenommen und den Wunsch einer überwältigenden Bevölkerungsmehrheit nach einem effizienten, Klima schonenden, dezentralen Energiesystem ohne atomare Katastrophenrisiken aufgegriffen. Doch der Anfangselan hat nicht ausgereicht, die Energiewende kraftvoll voranzubringen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung scheitert jeden Tag mehr an ihrer Selbstblockade, am Widerstand in den eigenen Reihen und im konservativen wirtschaftsnahen Lager. Sie hat den Kompass für die Energiewende verloren, wenn sie ihn denn je hatte. Führung und Koordinierung bei der Umsetzung der Energiewende ist nicht erkennbar.

Die neue Bundesregierung muss deshalb unmittelbar nach ihrer Vereidigung die großen Probleme der Koordinierung der diversen Großbaustellen der Energiewende in Angriff nehmen.

Zunächst gilt es die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung durch klare Signale zu stabilisieren. Dazu muss

- die ausufernde Entlastung großer Teile der Industrie gründlich durchforstet und zurückgeführt werden, wo kein ausreichender Beleg dafür vorliegt, dass ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht. Dies gilt nicht nur für die Besondere Ausgleichsregelung zur EEG-Umlage. Alle Privilegien, die mit internationalem Wettbewerb begründet wurden und werden müssen auf den Prüfstand
- ein Handelsintensitäts-Index mit dem Ziel entwickelt und eingeführt werden, dass nur noch Betriebe, die anhand des Index nachweisen, dass sie im internationalen Wettbewerb stehen, von Entlastungsregelungen profitieren
- jede Privilegierung darüber hinaus an den Nachweis wirksamer Effizienz- und Energiesparmaßnahmen im Betrieb gebunden werden, z. B. Investitionen in geeignete Effizienzmaßnahmen
- die Weitergabe sinkender Börsenpreise durch den Merit-Order-Effekt an die Endkunden über eine konkrete Ausgestaltung/Ausweitung von § 39 EnWG „Allgemeine Preise und Versorgungsbedingungen“ oder alternative Konzepte sichergestellt werden
- die Bürgerbeteiligung beim Um- und Ausbau der Infrastruktur der Energiewende weiter verbessert werden
- die von Millionen Akteuren getragene Bürgerenergie-Idee gefördert und willkommen geheißen werden, um die Energiewende insgesamt bürgernah und auch dezentral zu gestalten und so zu stabilisieren

In den ersten hundert Tagen muss

- ein Konzept zur Weiterentwicklung des EEG unter Wahrung des „Primats der Investitionssicherheit“ (grundsätzlicher Fortbestand des Einspeisevorrangs für Erneuerbare Energien und der Abnahmepflicht oder vergleichbar wirksame Regelung) auch mit der Öffentlichkeit diskutiert und das Gesetzgebungsverfahren vorbereitet werden
- eine Regelung gefunden werden die Erneuerbare Energien so fördert, dass die von ihnen zu Recht eingeforderte größere Übernahme von Verantwortung für das Gesamtsystem wirtschaftlich interessant wird
- die neue Bundesregierung eine Strategie zur „Reanimierung“ des EU-Emissionshandels mit dem Ziel entwickeln, in Europa die Dekarbonisierung des Energiesystems voranzubringen
- die neue Bundesregierung für den Fall des Scheiterns auf EU-Ebene eigene, nationale Regelungen zur Begrenzung der Einsatzstunden von Kohlekraftwerken in Deutschland entwickeln, um dem Unsinn ein Ende zu bereiten, dass trotz eines immer größeren Anteils von Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung die CO_2-Emissionen in Deutschland insgesamt steigen
- die neue Bundesregierung ein Konzept entwickeln, um die Versorgungssicherheit in der Übergangszeit der Energiewende über Mechanismen und neue Einkommensströme abzusichern, die systemrelevante und unter Klimaschutzgesichtspunkten verantwortbare Kraftwerke am Netz hält oder ans Netz bringt
- die Dauerblockade auf dem Gebiet der Energieeffizienz mit Konzepten und Initiativen insbesondere im Gebäude- und Verkehrssektor angegangen werden.

7. Fazit – Keine neue Chance für schwarz-gelb in der Energie- und Klimapolitik

Selbst bei optimaler Steuerung bleibt die Energiewende ein Generationenprojekt, das nicht in einem einzigen großen Wurf, einem Masterplan folgend, bewältigt werden kann. Aber diejenigen, die mit dieser Aufgabe betraut sind, müssen nächste Schritte planvoll gehen, die Instrumente der Energiewende weiterentwickeln und konkrete Zwischenetappen benennen, ohne das Oberziel einer risikoarmen, weitgehend dekarbonisierten Gesellschaft und Wirtschaft aus den Augen zu verlieren.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist mit dieser Aufgabe offenbar überfordert und mit ihrer Energiewende gescheitert, weil sich die Kräfte, die vor vier Jahren die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durchsetzen wollten und praktisch durchgesetzt hatten, schon wieder fast so stark fühlen, wie damals. So wie sie für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke gekämpft haben, kämpfen sie jetzt gegen Solarzellen und Windräder und für die Traditionswirtschaft, die damals und heute wieder an ihrer Seite steht. Der Widerstand gegen die Energiewende sitzt im Kabinett und an den Spitzen der Koalitionsfraktionen. Die Kanzlerin wird sich am 22. September nach 18 Uhr entscheiden, ob sie für oder gegen die Energiewende ist. Je nach Wahlergebnis.

2009 hat eine klare Mehrheit schwarz-gelb an die Regierung gewählt. Nicht wegen, sondern trotz der klaren Ankündigung von CDU, CSU und FDP, die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern zu wollen. Dieses Mal gibt es eine solche, klare Ansage nicht. Trotzdem besteht ein hohes Risiko, dass diese Regierung in der Energie- und Klimapolitik noch einmal gegen die Mehrheit regieren wird.

Deshalb bitten wir alle Freundinnen und Freunde der Energiewende: Wählen sie nur Kandidatinnen und Kandidaten, die glaubwürdig für Erneuerbare Energien, Klimaschutz und Energieeffizienz eintreten. Wählen sie Energiewende!

Deutsche Umwelthilfe

Im Auftrag von: AVAAZ.ORG

Berlin, den 12. September 2013

Für Rückfragen:

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik & Presse
Tel.: 030-2400867-0; E-Mail: rosenkranz@duh.de

Anhang

A.1

Verarbeitendes Gewerbe		im Jahr 2011		Anteil am **Bruttoproduktionswert**		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert (BPW)	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.414	1.773.113	75.885.606	2,34%	24,6%	43,5%
50-99	9.345	2.784.271	117.884.601	2,36%	20,9%	46,2%
100-249	7.085	6.042.382	243.285.779	2,48%	18,0%	48,3%
250-499	2.433	5.804.942	227.774.814	2,55%	17,7%	46,2%
500-999	1.035	6.153.417	224.415.823	2,74%	16,4%	46,3%
1000 und mehr	641	16.104.798	975.338.828	1,65%	15,0%	42,8%
Summe	**35.953**	**38.662.923**	**1.864.585.451**	**2,07%**	**16,8%**	**44,63%**

Verarbeitendes Gewerbe		im Jahr 2010		Anteil am **Bruttoproduktionswert**		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert (BPW)	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.570	1.596.254	69.757.375	2,29%	25,8%	42,3%
50-99	9.313	2.585.990	109.731.856	2,36%	21,7%	44,9%
100-249	6.837	5.539.980	213.808.623	2,59%	20,2%	46,3%
250-499	2.348	5.391.954	210.716.033	2,56%	18,2%	44,7%
500-999	975	5.626.574	197.810.813	2,84%	17,3%	44,4%
1000 und mehr	629	16.373.268	856.775.968	1,91%	16,2%	41,0%
Summe	**35.672**	**37.114.020**	**1.658.600.668**	**2,24%**	**17,9%**	**42,86%**

Verarbeitendes Gewerbe		im Jahr 2009		Anteil am **Bruttoproduktionswert**		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	16.089	1.523.895	66.871.796	2,28%	26,9%	42,5%
50-99	9.189	2.257.698	95.808.134	2,36%	23,8%	44,7%
100-249	6.816	5.136.649	195.566.170	2,63%	21,6%	45,9%
250-499	2.337	5.084.214	187.030.969	2,72%	19,7%	43,9%
500-999	980	5.339.184	173.658.737	3,07%	19,3%	43,2%
1000 und mehr	640	14.934.657	739.180.908	2,02%	18,3%	41,6%
Summe	**36.051**	**34.276.297**	**1.458.116.714**	**2,35%**	**19,8%**	**42,95%**

Verarbeitendes Gewerbe		im Jahr 2008		Anteil am **Bruttoproduktionswert**		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.397	1.547.028	74.193.566	2,09%	24,2%	43,8%
50-99	9.571	2.503.080	115.761.895	2,16%	20,9%	47,0%
100-249	7.149	5.586.816	236.076.837	2,37%	19,1%	48,1%
250-499	2.453	5.576.563	229.125.155	2,43%	17,0%	46,3%
500-999	1.047	5.720.367	214.933.184	2,66%	16,8%	46,0%
1000 und mehr	670	16.435.616	925.245.651	1,78%	15,5%	44,4%
Summe	**36.287**	**37.369.470**	**1.795.336.288**	**2,08%**	**17,1%**	**45,42%**

Verarbeitendes Gewerbe		im Jahr 2007		Anteil am **Bruttoproduktionswert**		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.690	1.390.780	76.271.452	1,82%	23,5%	43,5%
50-99	9.838	2.208.370	118.703.062	1,86%	21,1%	44,0%
100-249	7.182	4.860.173	233.316.970	2,08%	19,4%	46,2%
250-499	2.496	4.902.672	226.280.236	2,17%	17,6%	43,9%
500-999	1.067	5.026.602	211.750.933	2,37%	17,2%	44,6%
1000 und mehr	673	14.316.641	924.462.334	1,55%	15,8%	43,9%
Summe	**36.946**	**32.705.238**	**1.790.784.987**	**1,83%**	**17,3%**	**44,27%**

Der durchschnittliche Energiekostenanteil im produzierenden Gewerbe liegt seit Jahren bei rund 2 Prozent des BPW; Daten: Destatis; Berechnungen: DUH

A.2

Wirschaftszweige im Verarbeitenden Gewerbe	[WZ2008]	Anzahl [Betriebe]	Energie-kosten [in 1000 €]	Brutto-produktionswert (BWP) [in 1000 €]	Anteil Energie-kosten [an BPW]	*Änderung ggü. 2008 [in %]*	Brutto-wertschöpfung (BWS) [in 1000 €]	Anteil Energie-kosten [an BWS]	*Änderung ggü. 2008 [in %]*
Nahrungs- und Futtermitteln	10	5.339	3.535.437	145.897.739	2,4%	*0,06%*	25.820.238	13,7%	*0,34%*
Getränke	11	578	559.281	18.792.912	3,0%	*0,22%*	6.532.734	8,6%	*-0,31%*
Tabakverarbeitung	12	30	65.335	17.898.695	0,4%	*0,07%*	12.707.720	0,5%	*0,06%*
Textilien	13	730	436.929	11.950.653	3,7%	*-0,03%*	3.368.560	13,0%	*0,29%*
Bekleidung	14	305	49.301	8.527.385	0,6%	*-0,05%*	2.194.435	2,2%	*-0,12%*
Leder(waren), Schuhe	15	144	24.513	2.623.580	0,9%	*-0,04%*	649.541	3,8%	*0,05%*
Holzwaren	16	1.205	705.529	19.082.845	3,7%	*0,29%*	4.305.004	16,4%	*1,43%*
Papier, Pappe, Karton	17	950	2.643.017	41.282.091	6,4%	*-0,72%*	9.254.347	28,6%	*-1,15%*
- Zellstoff, Papier etc.	17.1	182	1.865.212	18.209.401	10,2%	*-1,77%*	3.293.886	56,6%	*-6,21%*
Druckerzeugnisse	18	1.472	413.369	16.784.248	2,5%	*0,02%*	5.359.206	7,7%	*0,78%*
Kokerei, Mineralölvertrieb	19	65	1.224.157	138.444.478	0,9%	*0,25%*	38.816.478	3,2%	*0,93%*
Chemische Erzeugnisse	20	1.568	7.210.045	162.376.636	4,4%	*-0,52%*	37.105.341	19,4%	*-1,19%*
- chem. Grundstoffe	20.1	599	6.202.589	105.535.099	5,9%	*-0,24%*	24.570.684	25,2%	*-1,45%*
Pharmaindustrie	21	324	521.140	41.996.706	1,2%	*0,03%*	16.407.796	3,2%	*0,05%*
Gummi- u. Kunststoffwaren	22	3.123	2.090.410	75.710.953	2,8%	*0,19%*	22.328.387	9,4%	*0,80%*
Glas, Keramik, Zement	23	3.173	2.926.129	40.557.208	7,2%	*0,01%*	12.454.588	23,5%	*0,99%*
- Glas und Glaswaren	23.1	403	888.246	10.383.596	8,6%	*0,39%*	3.455.187	25,7%	*2,17%*
- Keramikwerkstoffe	23.2	64	80.252	1.847.659	4,3%	*-0,45%*	509.973	15,7%	*1,10%*
- Fliesen u. Ziegel	23.3	144	339.968	2.544.116	13,4%	*-0,72%*	924.896	36,8%	*-6,10%*
- Porzellan	23.4	113	107.045	2.513.611	4,3%	*-0,03%*	1.031.937	10,4%	*0,34%*
- Zement, Kalk Gips	23.5	101	725.390	3.800.108	19,1%	*0,74%*	1.262.347	57,5%	*5,42%*
Metallerzeugung/-bearbeitung	24	1.060	5.835.064	113.998.136	5,1%	*-0,93%*	19.560.215	29,8%	*-0,01%*
- Roheisen, Stahl etc.	24.1	91	3.325.222	43.872.683	7,6%	*-2,13%*	7.148.853	46,5%	*2,22%*
- Nichteisenmetalle	24.4	212	1.170.512	37.900.093	3,1%	*-0,58%*	4.388.607	26,7%	*-2,83%*
- Gießereien	24.5	430	902.399	15.652.831	5,8%	*-0,24%*	4.609.337	19,6%	*0,67%*
Metallerzeugnisse	25	7.205	2.370.110	107.447.436	2,2%	*0,29%*	37.703.949	6,3%	*0,69%*
- DV-Geräte, elektr., optische E	26	1.805	695.701	70.285.230	1,0%	*0,20%*	22.962.660	3,0%	*0,23%*
Elektrische Ausrüstungen	27	2.179	1.126.954	113.979.694	1,0%	*0,06%*	37.413.597	3,0%	*0,02%*
Maschinenbau	28	5.997	2.302.215	232.357.492	1,0%	*0,12%*	75.115.266	3,1%	*0,28%*
Kraftwagen	29	1.337	2.814.586	376.637.578	0,7%	*0,00%*	78.627.559	3,6%	*-0,80%*
Sonstiger Fahrzeugbau	30	303	301.752	33.147.181	0,9%	*0,15%*	9.470.179	3,2%	*0,44%*
Möbel	31	1.024	267.264	17.462.266	1,5%	*0,25%*	5.381.187	5,0%	*0,67%*
Sonstige Waren	32	1.591	284.512	25.803.120	1,1%	*0,06%*	10.294.741	2,8%	*0,06%*
Reparatur u.Installation	33	2.231	260.174	31.541.190	0,8%	*0,16%*	10.380.157	2,5%	*0,35%*
SUMME		**43.738**	**38.662.924**	**1.864.585.451**	**2,07%**	***-0,03%***	**504.213.888**	**7,67%**	***-0,23%***

Energiekosten und Energiekostenbelastung der Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes 2011; Daten: Destatis; Berechnung: DUH.

A.3

Strompreisentlastung der Industrie (in Mio. Euro)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Mindereinnahmen bei der Energiesteuer	Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	-	117	560	586	586	590	565	611	615
	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft	342	313	236	315	317	318	274	184	170
	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich)	240	240	170	162	146	173	170	174	180
	Summe	**582**	**670**	**966**	**1.063**	**1.049**	**1.081**	**1.009**	**969**	**965**
Mindereinnahmen bei der Stromsteuer	Stromsteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	-	16	300	300	367	393	556	722	720
	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft	1.850	1.850	2.100	2.100	2.200	2.200	354	994	1.000
	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich)	1.700	1.700	1.700	1.800	1.758	1.766	1.918	2.008	2.000
	Summe	**3.550**	**3.566**	**4.100**	**4.200**	**4.325**	**4.359**	**2.828**	**3.724**	**3.720**
Entlastungsregelungen der Wirtschaft bei EEG, KWKG, Netzentgelten, Offshore-Haftungsumlage und Regelungen zur Konzessionsabgabe	EEG Besondere Ausgleichsregelung	345	485	630	759	740	1.455	2.736	2.715	4.860
	EEG Eigenstromprivileg	279	295	379	414	477	754	1.521	1.600	2.046
	KWKG Ermäßigung (Großverbraucher)	267	235	172	118	107	63	8	4	4
	KWKG Ermäßigung (energieintensive Industrie)	103	92	76	60	52	40	18	20	20
	Netzentgelte (atypische Nutzer)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	137	163	140	163
	Netzentgelte (energieintensive Industrie)	k.A.	k.A.	34	26	27	33	220	300	643
	Offshore-Haftungsumlage	-	-	-	-	-	-	-	-	100
	Konzessionsabgabe	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.500	3.600	3.600	3.600
	Summe	**3.994**	**4.107**	**4.291**	**4.377**	**4.403**	**5.982**	**8.266**	**8.379**	**11.436**
Entlastung der Wirtschaft beim Emissionshandel	Kostenlose Zuteilung von CO_2-Zertifikaten	2.317	1.854	71	2.009	1.623	1.643	1.426	889	663
	CO_2-Kompensation**	-	-	-	-	-	-	-	-	350
	Summe	**2.317**	**1.854**	**71**	**2.009**	**1.623**	**1.643**	**1.426**	**889**	**1.013**
Gesamtvolumen		**10.443**	**10.197**	**9.428**	**11.649**	**11.400**	**13.065**	**13.529**	**13.961**	**16.784**

** Prognose*

*** Nicht im Gesamtvolumen enthalten, da die Kompensation erst in 2014 rückwirkend geleistet wird*

Die jährlichen Strompreisentlastungen für die Industrie sind in den vier Jahren schwarz-gelber Bundesregierung stark gestiegen; Daten: Arepo Consult, Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben-Abschätzung für 2013, BAFA, BMF, 21. - 24. Subventionsbericht, BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht "Energie der Zukunft", DEHSt, EEX , ÜNB, eigene Berechnungen; Zusammenstellung: DUH.

A.4

Privilegierte Strommengen im Antragsverfahren 2012 für Verbrauchsjahr 2013 **(nach Branchen 2-stellig)**	Unternehmen der Branche (2011)	Abnahme-stellen	privilegierte Strommenge [in GWh]	**reduzierter** EEG-Umlagebeitrag	**voller** EEG-Umlagebeitrag	rechnerische Umlageersparnis (§ 40ff. EEG)	Energiekosten-anteil (2011) der Branche an BWS
00 - Schienenbahn		53	4.833,24	2.416.621 €	255.050.184 €	252.633.563 €	-
05 - Kohlenbergbau	5	34*	2.805,60	2.933.800 €	148.051.460 €	145.117.660 €	22,3%
06 - Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	24**	401,47	1.237.705 €	21.185.668 €	19.947.963 €	5,1%
08 - Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger	359	171	543,39	2.867.481 €	28.674.806 €	25.807.326 €	28,2%
09 - Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau	14	1	37,12	57.521 €	1.958.832 €	1.901.310 €	5,3%
10 - Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	5.339	337	3.463,51	16.232.319 €	182.769.208 €	166.536.889 €	13,7%
11 - Getränkeherstellung	578	37	328,80	1.735.101 €	17.351.009 €	15.615.908 €	8,6%
13/14 - Herstellung von Textilien / Bekleidung	730 / 305	53	743,05	2.657.522 €	39.210.547 €	36.553.025 €	13,0%/2,2%
15 - Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	144	2	23,15	97.702 €	1.221.474 €	1.123.772 €	3,8%
16 - Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren	1.205	97	2.776,25	5.611.165 €	146.502.589 €	140.891.425 €	16,4%
17 - Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	950	122	13.171,22	6.585.611 €	695.045.434 €	688.459.822 €	28,6%
18 - Herstell. v. Druckerzeug.; Vervielfält.Ton-, Bild- &	1.472	19	238,00	937.722 €	12.559.214 €	11.621.492 €	7,7%
19 - Kokerei und Mineralölverarbeitung	65	10	2.120,59	1.515.432 €	111.903.501 €	110.388.070 €	3,2%
20 - Herstellung von chemischen Erzeugnissen	1.568	226	24.476,40	12.238.199 €	1.291.619.487 €	1.279.381.288 €	19,4%
21 - Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	324	2	53,91	113.937 €	2.844.914 €	2.730.978 €	3,2%
22 - Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	3.123	294	3.104,42	14.204.849 €	163.820.118 €	149.615.269 €	9,4%
23 - Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik	3.173	241	7.665,05	14.346.077 €	404.484.549 €	390.138.472 €	23,5%
24 - Metallerzeugung und -bearbeitung	1.060	220	23.614,72	11.807.360 €	1.246.148.791 €	1.234.341.431 €	29,8%
25 - Herstellung von Metallerzeugnissen	7.205	217	1.736,38	9.162.883 €	91.628.827 €	82.465.944 €	6,3%
26 - Herstell. v. Datenverarbeitungsgeräten, el. & opt.	1.805	25	944,51	1.567.008 €	49.841.530 €	48.274.522 €	3,0%
27 - Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2.179	14	484,82	854.253 €	25.584.132 €	24.729.879 €	3,0%
28 - Maschinenbau	5.997	15	169,88	730.804 €	8.964.830 €	8.234.026 €	3,1%
29 - Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1.337	22	262,14	1.078.692 €	13.833.028 €	12.754.336 €	3,6%
31 - Herstellung von Möbeln	1.024	4	20,74	109.452 €	1.094.522 €	985.070 €	3,2%
32 - Herstellung von sonstigen Waren	1.591	1	2,41	12.714 €	127.136 €	114.422 €	5,0%
38 - Sammlung, Behandlung u. Beseitigung von Abfällen;		24	194,44	1.026.085 €	10.260.851 €	9.234.766 €	-
Gesamtergebnis		**2.207**	**94.215,21**	**112.138.014 €**	**4.971.736.642 €**	**4.859.598.628 €**	

**) 27x RAG (NRW); 6x Vattenfall Europe Mining (BB)*
***) ExxonMobil (NI)*

Privilegierte Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Schienenbahnen werden im laufenden Jahr 2013 voraussichtlich mit fast 5 Milliarden Euro von der EEG-Umlage entlastet werden; Daten: BAFA, Destatis; Berechnungen: DUH.